



ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

TATblatt

Projekt
weitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 51 NUMMER

(7/91)

9. APRIL 1991

PREIS: öS 10,—

Spielen mit dem Gummiball....

Als Ende Oktober vergangenen Jahres der "Spiegel" in einem Nebensatz österreichisches Interesse erwähnte, war den meisten in der Redaktion 'die Suppe zu dünn'. Als dann Details der geplanten Deportation rumänischer Flüchtlinge bekannt wurden, deutete schon alles darauf hin. Aber jetzt, nachdem ein 'internationaler Experte' in der Jubelpostille des Innenministeriums für eine Werbeeinschaltung noch Geld bekam, ist alles klar: Die österreichische Polizei hat Gummigeschoße; und sie ist auch bereit, sie einzusetzen! *Weiter auf Seite 2*

Graz:

Autonomes Frauenzentrum bleibt!

Am 19.3. besetzten Frauen ein ehemaliges Tierspital in Graz. Die Räumung konnte bisher verhindert werden. Doch das Land Steiermark hat eine Räumungsklage eingereicht, Faschistenangriffe häufen sich.

Näheres dazu auf Seite 4

Militär:

Die Kriminalisierung von Kriegsdienstverweigerern und KritikerInnen des Bundesheeres geht weiter. Grundsätzliches zum § 58 (Listige Umtriebe), aktuelle Fälle von Kriegsdienstverweigerern und Ermittlungsversuche der Stapo.

Seiten 5-7

Wisconsin, USA:

Chippewa IndianerInnen im Kampf für ihre Jagd- und Fischereirechte und gegen Rassismus und Wirtschaftsinteressen.

Seiten 13-14

36 Tamilen von Abschiebung bedroht

Sie dürfen den Transitraum des Flughafens Schwechat nicht verlassen und sollen laut Innenministerium abgeschoben werden.



Schweizer Gummischrot: jeder tausendste Schuß ging ins Auge

Leobersdorf:

Schweinerei ohne Ende

An die 100 türkische und jugoslawische Menschen sind weiter akut von der Obdachlosigkeit und Abschiebung bedroht. Am 26. März fand neuerlich eine Demonstration statt, gleichzeitig wurde das Bürgermeisteramt besetzt.

Ab Seite 8

Spielen mit dem Gummiball.....

(TATblatt Wien)

Siegfried Hübner ist *"international anerkannter Waffenexperte und Ausbilder in polizeilichem Combatschießen"* und hat beste Verbindungen zu Polizeiorganisationen auf der ganzen Welt. Er ist darüber hinaus Mitarbeiter des *"Deutschen Waffenjournals"*, und er hat gute Freunde beim französischen Waffenhersteller SAPL.

Letzteres zumindest seit September vorigen Jahres, als ein Hübner-Artikel im *"Deutschen Waffenjournal"* die Wunderwirkung des neuen SAPL-Produkts, der SD 88 bejubelte. In der Märzausgabe der *"Öffentlichen Sicherheit"*, eben jener erwähnten Jubelpostille des Innenministeriums, wurde dieser 'Beitrag' leicht verändert abgedruckt:

"Die Attentatsversuche gegen deutsche Politiker haben zur Suche nach einer wirksamen Abwehrwaffe gegen Attentäter geführt. Schließlich kann es sich kein Leibwächter leisten, in einer Menschenmenge mit seiner 9 mm Para-Pistole zu schießen. Hier wird zur Zeit die SAPL SD 88 Pistole mit Gummischrot erprobt. Ein Attentäter würde sofort gestoppt, dabeistehende Leute würden zwar ungünstigenfalls getroffen, aber nicht verletzt. Natürlich ist diese Gummikugelpistole kein Ersatz für eine 'scharfe' Polizeiwaffe, dafür kann sie in einer Menschenmenge eingesetzt werden."

Oder anders: *"Diese Waffe dient zur Selbstverteidigung, kann aber auch bei Aufruhr (...) verwendet werden."*

Gebremmte Gewalt?

Die Urahren der Gummigeschoße



stammen aus den 50er Jahren und wurden in Großbritannien zur Bekämpfung von Aufständen in den Kolonien entwickelt. Hartholzprojekte sollten mit Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit Aufstände mit 'gebremmster Gewalt' niederschlagen, anstatt sie in Blut zu ertränken. Die Anwendung dieser an den Knien oder am Boden vor den DemonstrantInnen zersplitternden Geschöße im 'zivilisierten' Europa war der britischen Regierung jedoch zu gefährlich. Sie entwickelte gemeinsam mit den USA



"Nichtüddliche" Polizeipistole SD 88 mit Munition

eine ganze Reihe von Gummimunitionen für die unterschiedlichsten 'Anwendungsbereiche'. Heute können Polizeiapparate in aller Welt in jeder Situation auf die 'richtige' Munition zurückgreifen: Zum Beispiel auf

- Einzelkugeln in der Größe von 1 bis 2cm; für 'Personennahschutz' in größeren Menschenmengen entwickelt (also wenn sich irgendwelche Schweine in der Menge baden wollen). Ein ausgesuchtes Opfer kann aus kurzer Distanz gezielt niedergeschossen werden. Der große Gummiball verliert beim Aufprall sehr rasch seine Energie und kann Umstehende (angeblich) nicht mehr verletzen.

- Patronen, die mit bis zu 280 Gummikugeln in der Größe von 4mm gefüllt sind (Gummischrot). Sie dienen vor allem dazu, ungezielt in Menschenmengen zu schießen und Panik zu erzeugen. Aus kurzer Distanz abgefeuert kann die Kugel vor allem in weiche Körperteile eindringen und schwere Verletzungen verursachen.

- Wuchtgeschossen, die sich zwischen Abschuss und Aufprall sternförmig auf bis zu 15cm vergrößern und bereits mehrere Deka wiegen. Mit diesen Dingen kann auf einer Distanz von bis zu 50m gezielt auf Einzelpersonen oder kleine Gruppen geschossen werden, die sich z.B. mit besten Absichten einem Bauzaun nähern..

Polizeiapparate 'aller Herrn Länder' greifen auch fleißig in die Schachteln mit den Gummigeschoßen. Al' in in den ersten beiden Jahren nach Einführung der neuen Waffe ermordete die britische Polizei in Nordirland drei Jugendliche mit 'gebremm-

ster Gewalt'. Bis Ende 1981 folgten 13 weitere.

Solche und ähnliche Erfahrungen mußten DemonstrantInnen in allen Ländern machen, in denen Gummi- oder die noch härteren Plastikgeschöße eingesetzt wurden (u.a. USA, BRD, Schweiz, Südafrika, Spanien, Chile,...). In der Schweiz haben ÄrztInnen und Angehörige der *"Autonomen Sanität Zürich"* daher versucht, die Auswirkungen der 'gebremmsten Gewalt' systematisch aufzulisten. Rißquetschwunden, gebrochene Nasenbeine, Knochenbrüche oder ausgeschlagene Zähne müssen demnach als 'normal' angesehen werden. Aber auch die Erblindung des Opfers ist nicht gerade 'abnormal'. Die 8000 im Jahr 1979/80 gegen Zürcher Jugendliche abgefeuerten Schrottladungen kosteten 7 Menschen zumindest einseitig das Augenlicht.

Herr Hübner beschreibt das in seinem menschenfreundlichen Elaborat folgendermaßen: *"Je kürzer die Entfernung ist, desto wirkungsvoller wird der Treffer sein."* Womit wir wieder in Österreich sind.

Zugegeben, so richtig *"na klar haben wir Gummigeschoße"* hat hierzulande noch niemand gesagt. Als der *"Falter"* dem Wahrheitsgehalt des Spiegel'schen Nebensatzes nachspürte, stieß er auf ein beamtete*"i müßt was davon wissen"*.

Der Lapsus unterlief wieder einmal Ministersekretär Manfred Matzka. Laut profil hatte er Dezember 1990 bei AUA und Luda-air um Unterstützung der RumänInnen-endeportation angesucht. Gefahr für Flugzeuge und Besatzung, so Matzka, gäbe es keine, denn die Exekutive werde für diesen Einsatz mit Munition ausgerüstet, die Flugzeugaußenwände und -fenster nicht durchdringen kann.

Hübner: *"Die Waffe und die Munition lassen sich gut zu Geiselnbefreiungen in Flugzeugen während des Fluges einsetzen, weil die Durchschlagskraft der Geschosse gleich Null ist."*

Was erwartet uns?

- Zum Beispiel eine 5g schwere Gummikugel, die 18mm dick ist und sich mit stolzen 320m/s auf den Weg Richtung Opfer macht. *"Die Wirkung des Gummiballs ist beachtlich. In 2,5m Entfernung drang die Kugel 37mm tief in Plastik ein und erzeugte einen Krater von 40mm Durchmesser. Bei einem Test wurde ein aus zehn Metern Entfernung getroffener so von seinen Füßen gerissen, daß diese etwa einen Meter hoch kamen und er auf den Rücken fiel."* ha,ha,ha,...

- Oder Gummischrot. *"Die maximale*

Reichweite liegt bei 30 Metern. Auf 20 Meter Entfernung wird ein Streukreis von zwei Metern Durchmesser erzielt. Auch diese Munition sollte nicht unter drei Meter Entfernung verschossen werden. Mit dem Streukreis ist es möglich, mehrere Angreifer zu treffen."

• Barrikadenbrechende CS-Geschosse: "Bei einem Test wurde ein Auto aus 40 Meter Entfernung mit einem CS-Gas-Schuß in das Rückfenster gestoppt. Die Insassen waren sofort 'kampfunfähig' und mußten aus dem Auto herausgeholt werden, weil sie es selbst nicht verlassen konnten. Die Wirkung (Tränenfluß, Liderkrampf, Brennen der Gesichtshaut usw.) hielt etwa 20 Minuten an. In dieser Zeit war der 'Getroffene' mit sich selbst beschäftigt: er suchte Wasser". Welch treffender Wortwitz.....

Vom Gummi und seiner Hemmschwelle...

Doch die Gefahren der angeblich 'nicht-tödlichen' Schußwaffen sind nicht mit der Beschreibung von möglichen Verletzungen abgehandelt. Wesentlich ist auch, daß in allen Ländern, in denen die angeblichen Defensivwaffen eingesetzt werden, die Zahl der Waffeneinsätze gegen Opfer polizeilichen Einschreitens sprunghaft anstieg. Die von Hersteller und Polizeiführung behauptete Ungefährlichkeit der Gummigeschoße gibt dem einzelnen schießenden Beamten eben das Rückgrat zu schießen, wenn er dazu Lust hat. Gibt's Verletzungen, so war's ein Unglück; an der Waffe kann's ja nicht liegen....

Und schließlich sind es noch 'Eigenheiten' polizeilicher Einsatzpraxis, die aus 'gebremmter Gewalt' in Polizistenhänden Mordwaffen machen:

• Distanzwaffen (also z.B. Gummischrot) sind polizeitaktischer Unsinn, da es

nur in Ausnahmefällen Ziel von Einsätzen ist, fern von DemonstrantInnen zu bleiben. In der Regel will die Polizei ja an die angeblichen StörerInnen möglichst nah herankommen, um sie festzunehmen. Mensch



Sekunden vor dem Schießen

kann also davon ausgehen (und die "Autonome Sanität Zürich" hat das auch dokumentiert), daß 80% aller Schüsse auf DemonstrantInnen aus Distanzen von weniger als 10 Metern Entfernung abgefeuert werden (siehe Photo von der Ermordung Sean Downes).

• Die 'Kreativität' der eingesetzten Beamten stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle für Menschenleben dar. Je stärker ein Polizeibeamter in eine Auseinandersetzung auch emotional involviert ist, desto größer ist seine Bereitschaft, auch außerhalb des 'normalen Dienstbetriebs' Mittel und Wege zu suchen, es 'denen da' so richtig zu zeigen. Ergebnisse dieses 'Phänomens' können auch in Österreich am Beispiel gewisser Einsatzleiter in gewissen ersten Bezirken gewisser Bundeshauptstädte oder gewisser Staatspolizisten (z.B. aus Kärnten), vor allem aber geschlossener Sondereinheiten wie der Alarmabteilung, seitenweise aufgezählt werden.

In Nordirland ging diese Form polizeilicher Kreativität so weit, daß Sondereinheiten die Wirkung der Gummigeschoße mit Radiobatterien, Rasierklingen u.ä. verstärkten.

Na habe d'Ehre

Die Einführung von Gummigeschoßen in Österreich ist ein vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung, die nach der Au-Besetzung in Hainburg vom damaligen Innenminister Blecha eingeleitet wurde. In Abständen von etwa einem halben Jahr dreht sich die Aufrüstungsspirale weiter: Zuerst die Helme, die Schilder, dann neue Schußwaffen, Spezienschlagstöcke, jetzt eben Gummi-

geschöße. Nennenswerter Widerstand gegen diese Spirale ist bis jetzt nicht zu sehen gewesen. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Denn schon der Artikel in der "Öffentlichen Sicherheit" deutet darauf hin, daß das Projekt SAPL zumindest noch nicht durchgezogen worden ist. Warscheinlich befinden sich erst geringe Mengen des neuen Waffensystems (quasi als Probemunition) in Österreich, muß das Gesamtprojekt mittels Lobbying erst durchgepusht werden. Dafür spricht unter anderem auch, daß für den Einsatz von Gummigeschoßen eine neue Kategorie von Waffen im Waffengebrauchsgesetz eingeführt werden müßte. Ansatzpunkte für Widerstand gibt es also.....

Anmerkung: *Kursive Textstellen* sind dem 'Beitrag' Siegfried Hübners in "Öffentliche Sicherheit", Ausgabe März 1991, Seite 37 ff. entnommen.

Lesetip: "Gummigeschosse, Wasserwerfer, CS", Hamburg 1986; Zu beziehen über den nächstbesten Infoladen.

bezahlte Anzeige

Wir haben's geschafft! (Uff!)
 Seit Anfang des Jahres sitzt der papierTIGER auf seiner neuen Adresse und freut sich schon auf Dein Kommen. Damit Du recht bald kommst, hat er eine kleine Überraschung: Ein Notizbuch mit 200 Seiten. Gratis. Dieses Inserat ist Dein Gutschein.
papierTIGER
 Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Graz: HEY WILDE FRAUEN ...

...Kommt rein, kommt raus in unser Haus, Hey, wilde Frauen, macht, was euch gefällt. Wir nehmen uns ein Haus, die Stadt, die ganze Welt, Wir machen uns die Welt, widiwiwip sie uns gefällt.

(Autonomes Frauenzentrum Graz)

Wir sind noch immer im Tierspital. Für alle, die das Tb.-52 nicht gelesen haben: wir ausschließlich Frauen haben in Graz ein Haus besetzt, um im selbigen ein Autonomes Frauenzentrum zu errichten.

Ein Stück von der Welt haben wir uns "erobert"

und machen es uns zumindest hier, wie's uns gefällt.

Ganz so ist's natürlich nicht. Immer wieder gibt es Streß. Als am Freitag, dem 22. März, 13 Uhr die Bullen abzogen, haben wir uns riesig gefreut - das Haus ist offen für alle Frauen. Na klar, ein Frauenfest, was'n sonst. Das wurde aber stark behindert bis verhindert von einem Faschoangriff. Sie waren bereits am Donnerstag da zum Auskundschaffen, am Freitag zum Parolen schreien und Deutschlandlied singen, am Samstag flogen dann die Steine, Faschos am Dach, die ein Transparent - "Nazis vertreiben, Ausländerinnen bleiben" - runterholten. Bullen gibt's "nur" mehr in der zivilen Ausgabe rundherum.

Ein solches Haus in Graz ist Angriffsziel für Faschisten, aber für uns Frauen lang kein Grund, uns wieder in isolierte Wohnungen zurückzuziehen. Wir verteidigen und halten unser Haus.

Nach den ersten drei Tagen haben wir uns in die Verhandlungsrunde geworfen. Von den Politikern in den wichtigen Positionen bis jetzt keine positiven Reaktionen bzw. gar keine Termine - trotz immens großer Frauensolidarität. Von Sozial- und Kulturlandes/stadträten Zusage politischer Unterstützung und für konkrete Punkte unseres Konzeptes für ein Frauenzentrum finanzielle Unterstützung. Sicher, es waren Osterferien und viele Politiker auf Urlaub, aber es ist für uns auch jetzt nach Ostern nicht möglich, mittels ersuchten Terminen zu Ihre Majestäten durchzudringen. Es stinkt uns schon, sehen darin auch nicht mehr viel Möglichkeiten und werden wieder zu anderen Mitteln greifen.

Um uns aus dem Haus rauszubringen, greift das Land Steiermark zu gerichtli-

chen Mitteln zurück. Sie haben eine Räumungsklage gegen drei Frauen von uns eingereicht, jene drei, die bei der ersten Verhandlung beim zuständigen Landesrat Klausner waren. Eine davon war gar nie im Haus, sondern unterstützte die Besetzung von außen. Zugestellt wurden Klage und Ladung am Mittwoch, dem 27.3., Verhandlungstermin war Freitag, 9 Uhr früh!! Unmöglich, eine Rechtsanwältin zu checken, uns gut vorzubereiten. Zwei Frauen

Nächster Verhandlungstermin: 12. April, 9 Uhr bei uns im Haus. Das Gericht kommt zu uns heim, um zu verhandeln. Kommt zahlreich! "Gerichtssaal" räumen lassen wird bei uns schwer möglich sein.

Außerdem existiert plötzlich ein Abbruchbescheid für unser Haus, den es in der ersten Woche der Besetzung noch nicht gab. Dieser wurde rückdatiert auf 15. März, und es kann sein, daß die Bagger vor der Tür stehen, bevor das Gerichtsverfahren abgeschlossen ist (zwei unabhängige Dinge - Gericht und Bagger!). Ein Weg, um uns schneller rauszukriegen. Aber wir hoffen auf viel Solidarität, denn auch die NachbarInnen werden kaum eine Baustelle-Tiefgarage-Einkaufszentrum unserem tollen Frauenzentrum vorziehen.

Solidarität gibt's überhaupt viel: Solitelegramme aus ganz Österreich, Frauen kommen aus anderen Städten zu uns, Nachbarinnen kommen auf Besuch, bringen uns Essen, Ideen, Kinder, paar jugendliche Frauen aus der Umgebung (es gibt eine Schule nebenan), PassantInnen, die interessiert unsere Infos vorm Haus lesen, uns gratulieren, weil's schon lange leer steht, ... (natürlich faschistoide Ansagen, aber sehr unkonkrete)

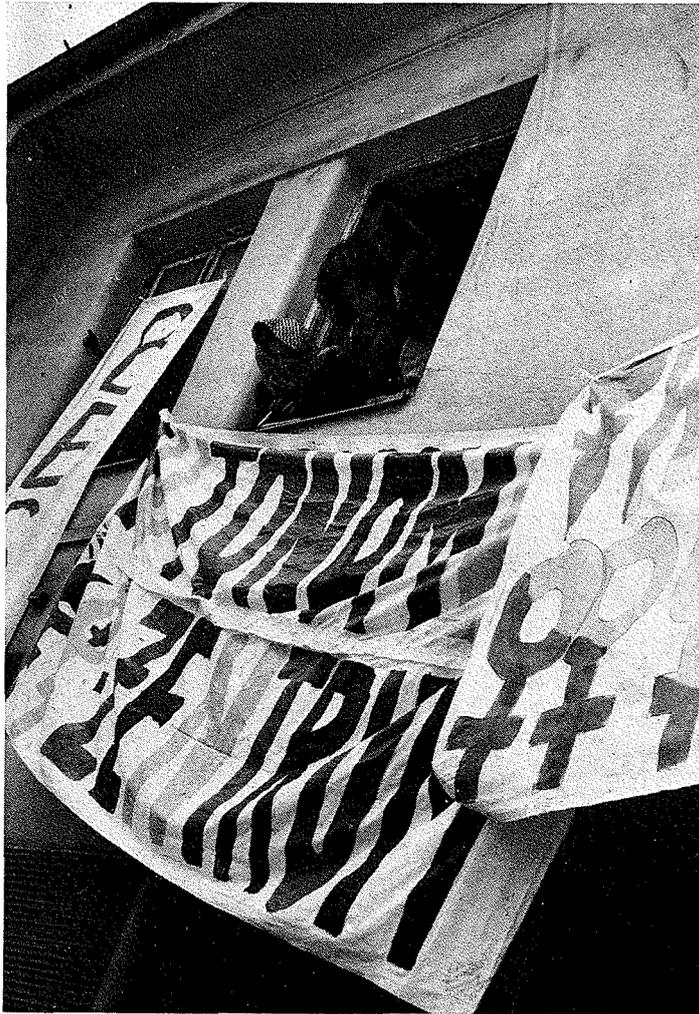
Gemütlich und bunt haben wir es auch schon im Haus, und letzte Woche haben wir mit Veranstaltungen begonnen: Café ist geöffnet, Frauen-Volkküche Mittwoch und Freitag, jeden Sonntag Frühstück, am Dienstag, 2.4. gab's eine Diskussion, wie's weitergehen soll mit dem Frauenzentrum, am Donnerstag, 4.4. berichtete eine Frau von der Frauenbrigade in Nicaragua, und am Sonntag gab's einen live-Schnulzenabend mit anschließender Frauendisco. Außerdem hat's letzte Woche bereits einen Kurs in KFZ-Grund-

kenntnissen gegeben, exemplarisch an einem Auto. Und am Montag, 8.4. war Teil 1 vom Radreparaturkurs, am Mo., 15.4. gibt's Teil 2.

Vorwärts geht's! Autonomes Frauenzentrum bleibt!

Einen Namen für unser Frauenzentrum konnten wir noch nicht endgültig finden - aber die Wilden Maden oder Pippi Schwingfuß oder... grüßen die militanten Panzertanten (die den letzten Artikel geschrieben haben). Kommtgs vorbei, schreibt uns!

Autonomes Frauenzentrum, Zimmerplatzgasse 13, 8010 Graz



Am Di., 19.3.; die 1. Räumungsgefahr ist vorbei

konnte der Bescheid gar nicht zugestellt werden.

Freitag: Auf der Anklägerbank nur Männer (auch der Richter war parteiisch), auf der Beklagtenseite Frauen. Land Steiermark gegen Gabi O. Gelächter, Lachen verboten. Transparent aufgerollt. Unter Androhung von Polizei wieder eingerollt (nicht viele Frauen waren da, keine Presse). "Beklagte Partei" war zum Klagezeitpunkt ab 22.3. - gar nicht im Haus und konnte leider zu den meisten Fragen nicht viel sagen, weil sie sehr indiskret waren (Kennen sie die und die Frau, wo wohnt diese Frau? Wie oft schlafen Sie, frühstücken Sie, essen Sie zu Mittag im besetzten Haus? ...).

Das Imperium schlägt zurück

(TATblatt Wien)

Gegen Markus K. und Lukas B., die sich listigerweise unter Beiziehung eines Rechtsbeistandes (bestehend aus mehreren Personen) der Stellung unterziehen wollten aber vom Leiter der Stellungskommission leider nach Hause geschickt wurden, hat das Bundesheer nun Anzeige erstattet. Die beiden haben nach Ansicht des Militärkommandos Wien die Stellungspflicht verletzt, indem sie wieder gegangen sind, nachdem ihnen schriftlich bestätigt wurde, daß die Stellung im Beisein des Rechtsbeistandes nicht durchgeführt werden könne.

Gestützt wird diese etwas oberflächliche Ansicht durch ein Verwaltungsgerichtshofsurteil vom 8. Mai 1990, in dem "klar zum Ausdruck gebracht (wird), daß als einzige Sanktion für die Verletzung der Stellungspflicht die Bestrafung gem. §55(1) WG1979 (nunmehr §59(1) WG1990) vorgesehen ist" (Text der Anzeige).

Abgesehen davon, daß das Militärkommando zitierte Höchstgerichtsentscheidung nur sehr oberflächlich studiert haben dürfte und die Sache mit der Verletzung der Stellungspflicht ganz und gar nicht so klar zu sein scheint, wie die Herren Kriegsspieler das gern hätten, ziehen inzwischen dunkelgraue Wolken über die Häupter der Militä

ärkommandanten auf: Indem sie zugeben, daß Urteil vom 8. Mai 1990 zu kennen, geben sie auch gleich zu, seit diesem Zeitpunkt mehrere Hundert sogenannter Stellungspflichtiger fälschlicherweise wegen angeblicher "listiger Umtriebe zur Umgehung der Wehrpflicht" angezeigt zu haben und diese dadurch der ungerechtfertigten gerichtlichen Verfolgung ausgesetzt zu haben. Das Strafgesetzbuch nennt das Verleumdung und sieht für solche Sachen Haftstrafen von bis zu zwei Jahren vor.

Wir würdens den Herren vom Heer schon gönnen.....

Im Heer HERRscht noch immer Glied

Ähnliche Seltsamkeiten muß Markus auch in einem zweiten Verfahren über sich ergehen lassen. In einem Verfahren wegen Aufruf zum Ungehorsam gegen Gesetze



Die TATblattredaktion läßt freundlich grüßen, Herr Egger!

usw. usf. wird er als Hauptbeschuldigter geführt, obwohl der Leiter der Stellungskommission Wien, Hellmberger, schon vor Monaten zu Protokoll gegeben hat, daß er "Über Befragen von Stellungspflichtigen (...) ermitteln (wollte), wer die Flugblätter tatsächlich verteilt hat. Dies konnte jedoch nicht mehr festgestellt werden."

Im selben Verfahren, daß erstaunlicherweise wegen drei völlig von einander unabhängigen Flugblättern in einem geführt wird (im Fall Androsch arbeitete die Justiz nicht ganz so effektiv), führt die Staatspolizei gerade Ermittlungen gegen Vorstandsmitglieder der Trägervereine von TATblatt und AKIN durch. Mit dieser Aufgabe wurde ein gewisser Herr Egger betraut.

Herr Egger ist der lebende Beweis dafür, daß unsere Polizei den ihr gestellten Aufgaben pünktlich und pflichtgetreu, überhaupt nicht aggressiv oder gar unter präpubertären Anwendungen nachzukommen pflegt. Um von vorne herein gar nicht in den Geruch des heimlich mit dem Feind sympathisierenden Staatsdieners zu kommen, zog er es vor, sich jeder, als Emotionalität auslegbaren Gemütsregung zu enthalten und die Vordruckzeile "Mit freundlichen Grüßen" lieber gleich dick und fett durchzustreichen.

PS.: Anna und Arthur halten's Maul! Und kam der Brief nicht eingeschrieben, so ist er gänzlich ausgeblieben.....

PPS.: Wer Egger (siehe Photo) persönlich grüßen will, Tel.: 0222/31310-7511. Nur der Versuch macht sie sicher!

AZ.: (Bitte bei Antworten angeben!)

☛ Nebenstelle

31310-7511

Ladung

Zutreffendes ist angekreuzt ☒

Sehr geehrte Frau!
Sehr geehrter Herr!

Wir haben folgende Angelegenheit, an der Sie beteiligt sind, zu bearbeiten:

Gerichtsauftrag; Einvernahme wegen § 282 StGB

Wir ersuchen Sie, hiezu persönlich in unser Amt zu kommen.

Wir ersuchen Sie, hiezu in unser Amt zu kommen oder einen Vertreter zu entsenden. Dieser muß mit der Sachlage vertraut, voll handlungsfähig und bevollmächtigt sein. Auf der Vollmacht ist eine Bundesstempelmarke von 120 Schilling anzubringen.

Von einer Vollmacht können wir allerdings absehen, wenn Sie durch Familienmitglieder (Haushaltsangehörige, Angestellte oder Funktionäre von Organisationen), die uns bekannt sind, vertreten werden und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht.

Es steht Ihnen auch frei, gemeinsam mit Ihrem Vertreter zu kommen.

Wenn Sie aus wichtigen Gründen — zB Krankheit, Gebrechlichkeit oder Urlaubsreise — nicht kommen können, teilen Sie uns dies sofort mit, damit wir allenfalls den Termin verschieben können.

Bitte bringen Sie diese Ladung, einen amtlichen Lichtbildausweis und folgende Unterlagen mit:

Nachweis über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (zB Gehaltsbestätigung, Einkommenssteuerbescheid)

amtlichen Lichtbildausweis

egger, gri

Ein Paragraph (ver)beugt sich

(Gruppe für Totalverweigerung)

§58 WehrG: *„Wer sich listiger Umtriebe bedient, um sich oder einen anderen der Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht ganz oder teilweise zu entziehen, ist, wenn die Tat nicht nach anderen Bestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist, vom Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.“*

Geschichtliches....

Der Wortlaut stammt aus dem WehrG vom 11. April 1889 und wurde seitdem ohne große Änderungen jeweils von einem WehrG in das nächste übernommen; also von der Monarchie in die erste Republik, in den Austrofaschismus und in die zweite Republik.

Ursprünglich nicht als Mittel zur Verfolgung von Stellungsverweigerern gedacht (dafür gab es zeitweise bis zu fünf verschiedene andere Paragraphen) änderte sich die Auslegung der 'listigen Umtriebe' mit der Einführung des Deutschen Reichsstrafgesetzbuches in Österreich im Jahre 1938. Der 143. Paragraph desselben war mit der österreichischen Strafbestimmung weitgehend ident, schloß aber ausdrücklich die Stellung als 'geschütztes' Gut mit ein. Diese Gesetzesauslegung wurde nach Wiedereinführung der Wehrpflicht in Österreich (1955) einfach übernommen, obwohl es noch immer einen eigenen Paragraphen gegen die Verletzung der Stellungspflicht gab (und gibt).

Juristisches....

Was der §58 WehrG eigentlich genau unter Strafe stellt, ist unbekannt. Über Jahrzehnte war er nicht zur Anwendung gekommen und Robert Lichal war es vorbehalten geblieben, ihn als Mittel zur Kriminalisierung von Kriegsdienstverweigerern wieder aus der Trickkiste zu ziehen.

Entscheidungen von Höchstgerichten gibt es nur eine: Im Jahre 1972 'erkannte' der Oberste Gerichtshof, daß *„unter Umständen“* nach §58 WehrG bestraft werden könne, wer

- die Absicht habe, sich der Wehrpflicht zu entziehen

UND

- es zu einer ordnungsgemäßen Zustellung des *Einberufungsbefehles* gar nicht kommen läßt (*„etwa durch Aufgabe des Wohnorts, Nichtanmeldung im neuen Aufenthalt, Verbergen oder Flucht ins Ausland“*).

Es kann also nicht einfach davon ausgegangen werden, daß Stellungsverweigerer wegen 'listiger Umtriebe' bestraft werden können. Aber nehmen wir's halt 'mal an.

§58 WehrG ist ein Sonderfall der Täuschung (§108 StGB). Wegen 'Täuschung' kann aber nur bestraft werden, wer durch

eine 'Täuschung über Tatsachen' den oder die Geschädigte zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung verleitet, die den Schaden herbeiführt.

Eine Anwendung der 'listigen Umtriebe' wäre also eigentlich nur möglich, wenn ein Stellungspflichtiger durch eine falsche Behauptung (z.B. durch Vorlage gefälschter Atteste) das Bundesheer dazu bewegt, auf die Durchführung der Stellung von sich aus zu verzichten. Jeder andere Fall wäre nach §59 Abs.1 WehrG zu verfolgen: *„Wer der Stellungspflicht (...) nicht nachkommt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist hierfür mit Geldstrafe bis zu 30 000 Schilling zu bestrafen.“* Wenn überhaupt.....

Und selbst wenn ein Fall eintreten sollte, in dem das Bundesheer von sich aus auf die Erfüllung der Stellungs- oder Wehrpflicht verzichtete, dürfte dies noch nicht automatisch eine Verurteilung wegen 'listiger Umtriebe' nach sich ziehen. Denn List ist ein Verhalten, das darauf abzielt, *„unter geflü-*

sentlicher und geschickter Verbergung der wahren Absichten und Umstände die Ziele des Täters durchzusetzen“ (zitiert nach Strafrechtskommentar Mayerhofer/Rieder).

Wenn jemand also immer schon gesagt hat, daß er nicht bereit ist, die Wehrpflicht zu erfüllen, sollte (rein rechtlich gesehen) eine Verurteilung nach §58 WehrG unmöglich sein.

Und dann noch etwas: Absicht ist, wie schon erwähnt, Voraussetzung einer Bestrafung. Es reicht nicht, in Wirklichkeit ein anderes Ziel zu verfolgen, mit dessen Verwirklichung der Schaden (also die Entziehung von der Wehrpflicht) quasi als Nebenprodukt eintritt. Wer sich z.B., aus welchem Grund auch immer, vor der Justiz auf der Flucht befindet, soll nicht, nur weil zu diesem Zeitpunkt gerade der Stellungs- oder Einberufungsbefehl gekommen ist, auch noch nach §58 WehrG strafbar sein. Strafbar ist nur, wer mit dem — nachgewiesenen — Vorsatz handelt, sich der Wehrpflicht zu

Schutzhaft im Grauen Haus

(TATblatt Wien)

Am 14. Februar 1991 wurde Felix L. an der österreichisch-bundesdeutschen Grenze von Zollwachebeamten aus einem Reisezug gezerrt und in Untersuchungshaft genommen. Ihm wird vorgeworfen, sich listiger Umtriebe bedient zu haben, um sich der Wehrpflicht zu entziehen (§58 WehrG). Felix sitzt seit bald zwei Monaten in Schutzhaft. Diese Woche ist Prozeß.

Felix war im Jahr 1989 bereits einmal wegen angeblicher 'listiger Umtriebe' verurteilt worden und hatte das Urteil angenommen. Der kurze Aktenvermerk im Protokoll läßt sich nicht mehr wegdiskutieren.

Selbstverständlich hatte Felix sich auch vor zwei Jahren nichts zuschulden kommen lassen; nur hat er's nicht gewußt, ist nicht in Berufung gegangen, und das ist jetzt eben SEIN Pech.

Felix hatte seit seiner Verurteilung auch keinen neuerlichen Stellungsbeehl erhalten, aber das ist egal.

Felix hatte sich mehrmals bereit erklärt, sofort der Stellungspflicht nachzukommen; hat einer sofortigen Vorführung zur Stellungskommission, die rechtlich möglich wäre und (außer in Haftfällen) häufig praktiziert wird, zugestimmt. Damit wären alle — reichlich konstruierten — Haftgründe weggefallen. Doch das Gericht wollte nicht.

Sein *„nach der Verurteilung vom 23.8.1989 weiter eingehaltener unsteter und unangemeldeter Aufenthalt“* werde *„zu*

Recht (...) als Indiz dafür gewertet, seine Erreichbarkeit für die Militärbehörde mit dem Ziel zu unterbinden, sich seiner Wehrpflicht zu entziehen“, will uns die Ratskammer weißmachen, die über Haftbeschwerden zu entscheiden hat. *„Seit geraumer Zeit nämlich hält der Beschwerdeführer den für die Tatbestandsverwirklichung belangvollen unsteten und durch wechselnde unangemeldete Aufenthalte gekennzeichneten Wandel ein.“* Auch werde die bei Felix angenommene Fluchtgefahr trotz der Möglichkeit, bei seinem Vater zu wohnen, nicht gemindert, *„komme es doch nicht auf eine Wohnmöglichkeit an, sondern darauf, ob eine solche tatsächlich (...) genützt wird. Dies ist nach den bisherigen Erfahrungen (...) nicht zu erwarten“*.

„Bei lebensnaher Beurteilung der Sachlage“ komme daher für Felix nur U-Haft in Frage.

So klingt die Rache des Staatsgefüges, seiner Träger, seiner Beamten, an allen jenen, die nicht mitspielen wollen; sich nicht an die Regeln halten, denen sie nie zugestimmt haben. Quasi der Ersatz für Folter, KZ oder zumindest Landstreicherparagraphen, die dem unseligen Liberalismus zum Opfer fielen.

Diese Woche steht Felix vor Richter Zimmermann. Ob das 'Recht' siegen wird und Felix freigesprochen wird?

„Dies ist nach den bisherigen Erfahrungen (...) nicht zu erwarten.“

Anmerkung: *Kursive Textstellen* sind der Haftprüfungsentscheidung der Ratskammer entnommen.

entziehen! Ohne Geständnis o.ä. kann das der Justiz beim besten Willen nicht gelingen.

HERRSchedendes....

Anders als in allen anderen Ländern Westeuropas wird in Österreich aber nicht die Verweigerung schlechthin, sondern jede einzelne Verweigerungshandlung für sich bestraft. Dies führt zu

- obligatorischer U-Haft bei Militärstrafsachen, weil von den Gerichten so lange Wiederholungsgefahr angenommen wird, als der Täter theoretisch im strafbaren Verhalten verharren könnte. Ein Soldat kann dies, solange er Bundesheerangehöriger ist. Ein Stellungspflichtiger bis zum 35. Geburtstag. Damit kann aber das Bundesheer durch die Wahl des Zeitpunktes und der Häufigkeit der Anzeigen de facto bestimmen, wer wie oft und wie lange sitzt!

- mehrmaliger Verurteilung wegen ein und der selben Handlung, nämlich der Verweigerung. Das ist schon allein deshalb absurd, weil zur Begehung einer Verweigerungshandlung juristisch der Vorsatz vonnöten ist. Der Vorsatz zur Verweigerung des Militärdienstes der seiner Nebenhandlungen (Stellung) wird in der Regel nur einmal gefaßt (der Beweis des ev Gegenteils obläge — nomen est omen — den Verfolgebahörden!)

- und schließlich zur Verdrängung von Kriegsdienstverweigerern in den Untergrund. Denn wer sich auf die Folgen der Verweigerung vorbereiten kann (in der BRD etwa eine einmalige Verurteilung in der Höhe des abzuleistenden Kriegsdienstes), wird dies vielleicht in Kauf nehmen können. Wer aber fortgesetzten Aufenthalt im Häfn befürchten muß, wird sich dem zu entziehen suchen. D.h.: Aufgabe von Wohnort und Arbeit, Einschränkung der sozialen Kontakte, Vermeidung öffentlichen Auftretens usw.

Diese Worte beschreiben die Realität von Kriegsdienstverweigerern in Österreich. Der Staat reagiert mit Terror auf 'abweichendes Sozialverhalten'.

Zurück zur List....

Von der Anwendung des besagten §58 WehrG sind in erster Linie Angehörige von 'Randgruppen' betroffen: Obdachlose, denen mangels Meldeadresse der jeweilige Bescheid nicht zugestellt werden konnte; kleine Kriminelle auf der Flucht vor der Justiz oder Menschen, die sich oft jahrelang im Ausland aufgehalten haben und ohne sich böses zu denken nach Österreich zurückgekehrt sind. Ihnen allen unterstellt das Bundesheer absichtliches Handeln zum Zwecke der Umgehung der Wehrpflicht. Zumindest im Falle Flüchtiger und Obdachloser ist die Gesetzesbeugung wohl offensichtlich.

Sonderstrafrecht gegen 'Randgruppen'

Im Verfahren wegen 'listiger Umtriebe'

sind zusätzlich zu den bereits erwähnten noch weitere 'Besonderheiten' zu bemerken:

- Den oben genannten Gruppen wird bei Verhängung der U-Haft neben der Wiederholungsgefahr auch noch Fluchtgefahr unterstellt, weil sie über keine ordentliche Meldeadresse verfügen (können).

- Eine Überprüfung von Urteilen durch eine Berufungsinstanz findet in der Regel nicht statt, da die Staatsanwaltschaft im Falle von Berufungen gegen Urteile oft selbst in Berufung geht und auf die Beibehaltung der U-Haft besteht. Unter diesen Voraussetzungen, unter den Berufung weitere U-Haft, das Akzeptieren des Urteils jedoch Freiheit bedeutet (die Höhe der Haftstrafe richtet sich in der Regel nach der bereits in U-Haft verbrachten Zeit), verzichten viele — verständlicherweise — auf den Zug durch die Instanzen.

Alles in allem sollten AntimilitaristInnen der Staatsanwaltschaft Wien dankbar sein, daß sie gegen die erst kürzlich erfolgte Freisprechung zweier langjähriger Totalverweigerer in Berufung gegangen ist (TATblatt minus 54). Sie hat damit den Betroffenen Raum gegeben, die herrschende Praxis nötigenfalls bis hin zum Europäischen Gerichtshof zu bekämpfen. Nicht, daß das 'Recht' oder 'Gerechtigkeit' zur Folge hätte, aber es wird ein für alle 'mal klarlegen, womit Kriegsdienstverweigerer in Österreich zu rechnen haben.

Die Orientierung an sog. rechtsstaatlichen Prinzipien in diesem Beitrag soll nicht nahelegen, daß die VerfasserInnen diese für sinnvoll, gerecht oder sonst irgendetwas Positives erachtet. Es soll nur aufzeigen, daß in Österreich weder Verwaltung noch Justiz zur Einhaltung der von ihnen selbst geschaffenen Prinzipien bereit sind, wenn es um's in Frage stellen des (Wehr-)Systems an sich geht.

Der Staat wird von der Kriminalisierung von Kriegsdienstverweigerern auch in Zukunft nicht ablassen. Aber er wird unter dem Druck einer informierten Öffentlichkeit seine Argumentation ändern, seine eigentlichen Absichten verschleiern müssen. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits gesetzt: Im Justizministerium wird angeblich — parallel zur Verlängerung des Zivildienstes — an einer Änderung des Systems der Mehrfachbestrafung gearbeitet. Eine wesentliche Veränderung — auch das hört mensch — wird es für Kriegsdienstverweigerer jedoch nicht geben. Naja....wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen.....

FÜR FRIEDEN UND GEWALTFREIHEIT — FASTEN IM GEFÄNGNIS (Albert S.)

Als Slowene, österreichischer Staatsbürger und Christ wende ich mich an die Öffentlichkeit. Als Magister der Theologie bin ich derzeit Mitarbeiter beim Slowenischen Bildungswerk in Klagenfurt. Meine Ideale, für die ich mich einsetze, sind Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der unzerstörten Schöpfung für die kommenden Generationen.

Für mich persönlich sind für die Bewältigung von Spannungen und Konflikten, Gewalt, Waffen und Strukturen des Krieges nicht annehmbar. Deshalb habe ich aus Gewissensüberzeugung und Glaubensverhalten die verantwortliche Obrigkeit um Befreiung vom Militärdienst gebeten.

Als Antwort auf meine Bitte aber hat mir das Militärkommando mit einer Strafanzeige und darauf folgender Haft gedroht.

Weil mir deswegen ab Osterdienstag, dem 2. April 1991 eine Ergreifung mit Gewalt und danach eine unfreiwillige Gefangenschaft drohen, richte ich folgende Erklärung an die Öffentlichkeit:

- Im Fall der unfriedlichen Ergreifung und einer folgenden gewalttätigen Inhaftierung werde ich sofort mit einer Gebets- und Fastenaktion beginnen und solange damit fortfahren, bis mir zugesichert wird, daß ich meine bürgerlichen Pflichten in persönlicher Freiheit meinem Gewissen folgend und mit Menschenwürde erfüllen darf.

Die Öffentlichkeit, auf die sich die Obrigkeit in ihrem Handeln beruft, bitte ich um solidarische Unterstützung und persönliche Anteilnahme.

Globasnica, petek 22.marca 1991

Bei Redaktionsschluss ist/war Albert nicht inhaftiert.

UNFASSBA NR. 6 IST DAI



Aus einem Beschlagnahmebeschluss gegen UNFASSBA im Knast:

'(der) Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt... Anarchie wird verherrlicht, zum Widerstand wird aufgerufen...'

UNFASSBA gibt's für 3,80 Doolmark, Abo (6 Nummern) = 20 Plepen. **WiederverkäuferInnen: 4 UNFIS = 10-Mackscheln.** Alles nur bar und im voraus an UNFI, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.

Inhalt UNFASSBA Nr. 6 (März/April '91): Frauenwiderstand und-streik, Volkspart gegen Völkermord, Bullenübergriffe, 129a gegen Clash, Häuserkampf: Razzia in Hangover, Weg mit dem Knastsystem!, Antifa, Zuviektionstreik, Autonome TrommlerInnen, Notstandsgesetze, UAA? Neel, Haten bleibt!, Bleiberecht für Roma und Cinti!, Direkte Widerstandsaktionen international: Blockieren! Desertieren! Sabotieren,...

Leobersdorf: Schweinereien ohne Ende

(MieterInnen-Interessens-Gemeinschaft Österreichs)

Am 26. März 1991 fand in Leobersdorf eine neuerliche Demonstration statt. Ziel war es den bevorstehenden Abbruch des, mit Ausnahme einer mittlerweile eingebürgerten türkischen Familie ausschließlich von türkischen und jugoslawischen MitbürgerInnen bewohnten Hauses durch politischen Druck zu verhindern. Gegen 15 Uhr 30 wurde das Bürgermeisteramt in Leobersdorf von MieterInnen, AktivistInnen, MieterInnenvertreterInnen (auch kein schlechtes Wort) und PolitikerInnen der Grün-Alternativen (unter ihnen Monika Langthaler und Madleine Petrovic) vorübergehend, bis zur Ankunft des Bürgermeisters Heiden gegen 18 Uhr besetzt. Während der Besetzung begann um 17 Uhr die Demonstration bei dem betroffenen Haus in der Südbahnstraße 45 - 47 zum Bürgermeisteramt.

Nachdem sich Heiden nach einer telefonisch angekündigten Bedenkpause doch entschlossen hatte, sich einer Diskussion zu stellen, beklagte er sich zunächst darüber, nicht im Vorhinein von den VeranstalterInnen der Demonstration über diese informiert worden zu sein, was anhand seiner bisherigen Aktivitäten ein besonders absurdes Anliegen ist (so war er bei der Demonstration im Dezember nicht auf die Idee gekommen, im Gemeindeamt zu sein). Er wies jede Verantwortung für die triste Lage zurück und legte besonderen Wert darauf festzustellen, daß er aus Verantwortungsbewußtsein den Abbruchbescheid erteilt hatte. Ersatzwohnungen könne er nicht bereitstellen - in Leobersdorf gäbe es keine freien Wohnungen. Sollte der Abbruch nach Erlangen der Rechtskraft des Bescheides nicht vollzogen werden, sei er verpflichtet, den Akt an die BH Baden weiterzuleiten. Die einzige Zusage, die Heiden gab war, daß er ebenso wie die Mieter-Interessens-Gemeinschaft an die Niederösterreichische Landesregierung herantreten wird, damit diese einen Krisenarbeitskreis einberuft. Soweit der Stand der Dinge am 26. März.

Das falsche Spiel, das mit den BewohnerInnen getrieben wird, offenbarte sich einmal mehr am Tag darauf. Gegen 13 Uhr 30 fand eine Begehung des Hauses durch eine Kommission der elektrotechnischen Abteilung der Niederösterreichischen Landesregierung unter Beisein des Bürgermeisters statt. Die HausbewohnerInnen wurden



über den Sinn dieser Aktion nicht informiert. Dies wurde ihnen aber bald klar. Gegen 17 Uhr 30 wurde ohne jede Vorankündigung der Strom mit der Begründung einer Lebens- und Brandgefahr durch die desolaten Leitungen abgeschaltet. Diese Vorgangsweise kann nur als Psychoterror bezeichnet werden. Nach einer blitzartigen Kerzenkaufaktion wurde das Ausmaß dieser behördlichen Umtriebe klar. Keine Koch- und Heizmöglichkeit über Ostern, Verderben der Vorräte in den Kühltruhen

und -schränken. Dem im Haus angesiedelten Export-Import-Handel des einzigen österreichischen Staatsbürgers wurde die Grundlage genommen. Perfid an der Argumentation: die Unfallgefahr stieg durch die Dunkelheit natürlich drastisch an. Ergebnisse dieses Behördenpokers auf Leben und Tod: ein Kranken-Full-House bestehend aus einem gebrochenen Bein, einem ausgerenkten Handknochen sowie zwei schwer erkälteten Kleinkinder.

Heiden hatte bei dem Gespräch am 26. verschwiegen, daß er ein Telefax an die Landesregierung geschickt hatte und um Überprüfung der lebensgefährlichen Zustände gebeten hat. Das Timing der Aktion war unmenschlich perfekt. Mittwoch abends war natürlich niemand mehr für Stellungnahmen und Erklärungen zu erreichen. Am Donnerstag gelang es nach stundenlangem Behördenlauf die Hintergründe aufzuklären. Dipl.-Ing. Fischer, Amtssachverständiger der Niederösterreichischen Landesregierung, der aufgrund seines Gutachtens die Absperrung veranlaßt hatte, gab eine Liste von notwendigen Arbeiten um den Strom wieder aufzudrehen bekannt. Dies war in einem Tag natürlich nicht durchzuführen. Somit war klar, daß das Haus auch über Ostern ohne Strom sein wird. Die Verantwortlichen haben sich also nicht einmal an die bürgerliche Scheinmoral eines Osterfriedens gehalten. Verblüffung herrschte in der Landesregierung, als am 2. April mitgeteilt

the times of
kangaroos
are over.

austria
is not
australia:

BLICKWECHSEL

EINE SCHWULESISCHE ZEITSCHRIFT FÜR JEDEN

eine probenummer kann mann/frau bei der
redaktion Blickwechsel, postfach 385,
a-4010 linz bestellen. (pung 1990)

wurde, daß die aufgetragenen Arbeiten erledigt sind. Letztlich wurde am Donnerstag der Strom wieder aufgedreht. Soweit die Fakten.

Die politische Dimension des Leobersdorfer Wohnskandals ist eine enorme. Hier geht es darum, daß ein Präzedenzfall geschaffen werden kann, der es hinkünftig Hauseigentümern ermöglicht, nach jahrelang verabsäumter Erhaltungspflicht mittels Abbruchbescheiden von ihrer Pflicht zur Bereitstellung von Ersatzwohnungen befreit zu werden, in dem sich die Behörde auf den Standpunkt stellt, daß es sich um Gefahr im Verzug handelt, und den Abbruchbescheid erteilt. In diesem Fall werden die ansonsten obligaten Kündigungen mit der erwähnten Pflicht zur Ersatzwohnungsbeschaffung vermieden. In Brunn am Gebirge und in Fischamend wird zur Zeit ähnliches versucht, es handelt sich also um keinen Einzelfall.

Die Scheinmoral der Behörden liegt auf der Hand. Gerade in Leobersdorf ist die Situation seit Jahren kaum verändert. Bereits 1980 lag ein Abbruchbescheid für das Haus vor. Im Interesse der damaligen Hauseigentümer, der Kottlingbrunner Firma IBH war es aber, mit ihren verbrecherischen Methoden die Löcher (Wohnungen wäre übertrieben) vollzustopfen und möglichst viel Knete herauszuholen. Im Interesse der jetzigen Hauseigentümer ist es das Haus abzureißen, um ihren Betrieb zu erweitern. Damals blieben die Behörden ruhig, jetzt agieren sie. Alles weist darauf hin, daß die Bürgermeister Gobec und Heiden immer das taten oder nicht taten, was die jeweiligen Hauseigentümer wollten oder nicht wollten.



Die gefährlichen Stromleitungen finden sich auch in den Häusern in der Leobersdorfer Arbeitergasse. Da dort die Hauseigentümer die Instandsetzung zu finanzieren hätten, blieben die Behörden ruhig. Erschütternd ist daran, daß sich im behördlichen Handeln und im Handeln der Politiker das Stimmungsbild der Bevölkerung widerspiegelt, die, in ihrem Sprachgebrauch, die Tschuschen sowieso in die Heimat schicken wollen. Genau deshalb ist zu befürchten,

daß der eingeschlagene Weg bis zum Ende gegangen wird.

Die Tatsache, daß knapp 100 Menschen, die meist seit Jahrzehnten in Österreich leben, von der Obdachlosigkeit und dem Abschieben in ihr Herkunftsland bedroht sind, läßt die Verantwortlichen kalt.

Was bleibt: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Italien: Antiklerikaler Kongreß

(TATblatt-Wien)

In Fano in Italien findet vom 24. bis 26. August der 7. Antiklerikale Kongreß statt. Der Kongreß soll einem kollektiven Protest gegen die Kirche und die Propagierung der Allgemeingültigkeit ihrer Thesen Ausdruck geben. Dabei spielt auch eine Rolle, daß Veranstaltungen des "Sbazzetto" an öffentlichen Plätzen untersagt wurden.

Arbeitskreise wird es zB. zum Thema "Frauen und Macht" und zum Boykott der 8 Promille hohen Kirchensteuer in Italien geben. Das Kulturprogramm beinhaltet zum Beispiel eine "Comunione computerizzata" (computerisierte Kommunion) in der Pfarre zu Pralina TuttiFrutti, Radio Dinamite aus der Pfarre der Partei Groucho marxista d'Italia und selbstproduzierte Videos. Neben diesem permanenten Kulturprogramm (während der ganzen Veranstaltung) wird es diverse Buchvorstellungen, Lesungen, Filme und Diskussionen im Hauptprogramm geben. Zum Beispiel: Ein Seminar unter dem Titel "Die falsche Befreiung" über die katholische Kirche in Ost-

europa.

Das Material, das wir bekommen haben, war teilweise auf englisch, teilweise auf italienisch. Wir nehmen daher an, daß der Kongreß im wesentlichen auf italienisch und vielleicht teilweise auf Englisch stattfinden wird. Es gibt einzelne deutschsprachige Vortragende, so gibt es ein Referat von Heidrun Baronowsky zum Gotteslästerungsparagrafen 166 in der BRD.

Mehr Info über diesen Kongreß kann unter folgender Adresse angefordert werden:

Associazione per lo Sbatezzo
c/o Circolo Culturale N. Papini
postal box 13
I-61032 Fano (Ps)
Tel. 040/721/82 93 69●

Ps: Wir nehmen an, daß an diesem Kongreß auch Personen teilnehmen, die der Initiative Neue Linke, dem Bund gegen Anpassung etc. angehören. Seht Euch von Büchern, Broschüren, Zeitungen das Verlagsignet an!



- Zum Krieg am Golf
- Anleitungen für Zeitzünder + Autos knacken
- Zur Politik der RAF und der Gefangenen
- 3 Spitzel enttarnt
- 'Gegen das Vergessen', Teil IV
- Roma und Cinti
- Zu Adelheid Streidel und Dieter Kaufmann
- 'Pferke' - regionale Berichte

Abonnieren könnt ihr die radikal mit 40.-/80.-Fröschchen für 5/10 Ausgaben; bar, im voraus und im doppelten Umschlag. Auf den 1. Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233d, NL-1073 TN Amsterdam. Auf den inneren Umschlag: Z.K.

Abos für Infoläden und Knackis sind umsonst. Knackis schicken wir die neueste Ausgabe nur dann, wenn der Empfang der letzten mit einem Brief bestätigt wurde.

Folgendes flatterte uns in den letzten zwei Wochen in den Briefkasten. Wir sind der Meinung, daß Austrittsaufufe alleine nicht ausreichen, aber wir wollen unseren LeserInnen diese Zusammenstellung dessen, was sich die KPÖ in den letzten Jahren & Jahrzehnten geleistet hat, nicht vorenthalten.

KPÖ MITGLIEDER SERVICE AUSTRITTS FORMULAR

Familienname
Vorname
Adresse

Hiermit gebe ich Ihnen meinen sofortigen Austritt aus der Kommunistischen Partei Österreichs bekannt und begründe diesen Schritt wie folgt:
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Parteimitglied seit 19.....

- Bei fast allen Aktionen (Demonstrationen, A4-Besetzungen, etc.) glänzt die Parteiführung durch Abwesenheit.
- Trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse und diverser Alibi-Positionsbesetzungen mit Frauen spielen diese nach wie vor die zweite Geige im Parteilieben.
- Das plan- und willenslose Herumtaktieren im ZK gegenüber dem wieder mächtiger werdenden Stalin-Block wirkt sogar schon auf Außenstehende befremdend.
- Die vielbesungene kritische Aufarbeitung der Parteigeschichte fand nie wirklich statt. Nämlich dort, wo es darum gehen sollte, tote oder noch lebende Figuren der Parteiszene in kühles, klares Licht zu zerren.
- Ich bin nicht bereit, mit meinem Mitgliedsbeitrag dubiose Machenschaften einer Handvoll anonymer Dunkelmänner bezüglich der Parteifinanzen weiterhin zu unterstützen.
- Durch weitgehendes Bedeckthalten hinsichtlich der Finanzgebarung ist es mir unmöglich zu glauben, daß just die KPÖ die einzige kommunistische Partei sein sollte, bei welcher diesbezüglich alles mit rechten Dingen zugeht.
- Das bereits zur Tradition erhobene Abschütteln einer lästig gewordenen Jugendorganisation macht jegliche Jugendarbeit im Rahmen der KP nur noch lächerlich.
- Das strikte Nein zur Zusammenarbeit mit anderskulturellen linken Gruppen wie z.B. Autonomen beweist einen Anspruch auf den alleinigen Besitz der Wahrheit, den sich paradoxerweise just die KP-Spitze an den Revers heftet.
- Beim 'Volksstimme'-Fest '90 gab es einen Stand von 'Nestle' - als ob niemand der hierfür Verantwortlichen ob der fürchterlichen Rolle dieses Lebensmittelkonzerns in der sogenannten Dritten Welt Bescheid wüßte.
- Die Einstellung der 'Volksstimme' und damit das Begraben des Projekts 'linke Tageszeitung' über die Köpfe der Mitglieder hinweg, und ohne diesen Schritt mit einem Offenlegen der Parteifinanzen zu begleiten, finde ich ungeheuerlich.
- Die Zensur der 'Volksstimme'-Berichterstattung über das Ernst-Kirchwegger-Haus offenbart, wie sehr man Mitglieder nach wie vor mit Nicht- oder Falschinformation zu gängeln versucht.
- Durch völlige Passivität in Sachen Antifaschismus hatte sich die Partei allmählich von diesem Kampf distanziert und ihn autonomen Gruppen überlassen, ohne diese auch nur irgendwie dabei zu unterstützen.
- Durch die Aufgabe des Kampfes gegen Neonazis hatte sich die KPÖ eines wesentlichen Teils ihrer Existenzberechtigung entledigt, und damit Verrat an einem wichtigen Aspekt ihrer eigenen Geschichte begangen.
- Die Parteiführung ist entweder nicht in der Lage, oder nicht willens, jenen Stapo-Spitzel mit Zugang zu den Mitgliederakten ausfindig zu machen, der nach wie vor das Innenministerium fleißig mit Informationen versorgt.
- Ich finde es seitens der Parteiführung im höchsten Maß opportunistisch, sich dieser Alle-vier-Jahre-Scheindemokratie anzubiedern, indem man es tunlichst vermeidet, auch illegale Aktionen (z.B. Autobahnbesetzungen) zu unterstützen.
- Schon allein das Erscheinungsbild führender KP-Funktionäre mit Anzug, Krawatte oder adrettem Kleidchen offenbart nicht nur ein Anschleimen an brav-bürgerliches Gedankengut - es ist bereits Teil solch einer Denkweise.
- Von jener real praktizierten Basisdemokratie, wie man sie z.B. bei den Grün-Alternativen findet, ist die KPÖ weit entfernt.
- Ich bin nicht länger bereit, mich zu solidarisieren mit Leuten, die in ihrer Biederkeit sämtliche aus der Ö-Norm schlagenden Kultur- und Lebensformen ablehnen, wie man sie beispielweise bei autonomen Gruppen findet.
- Ich habe einfach nicht mehr die Kraft, Parteimitglieder deren borniert-stalinistische Denkweise allseits bekannt ist, mit 'Genosse' anzureden und ihnen damit das Gefühl zu geben, mit ihnen in einer Reihe zu stehen.
- Die seinerzeitige Aussperrung der KJÖ aus dem Haus am Höchstädtplatz ebenso wie permanentes Im-eigenen-Saft-braten zeigt, wie auch das Hochhalten lächerlich gewordener Traditionen, daß hier zeitgemäßes Denken unerwünscht ist.
- Da ich gerne politisch aktiv sein möchte, erscheint es mir zwecklos, in irgendwelchen abgeschotteten Räumen meine Fähigkeiten im Hirnwischen darzulegen, während draußen das politische Leben - völlig ohne KPÖ - weitergeht.

Raum für bisher noch nicht angeführte Begründungen:

SOLIDARITÄT mit den BLUMEN- ARBEITERINNEN!

(AN.SCHLÄGE)

Wußten sie/ wußtest du, daß knapp 10% der österreichischen Blumenimporte aus Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens stammen?

Wußten sie/ wußtest du weiters...

- daß ÖsterreicherInnen 1989 mehr als 82 Mio.öS dafür ausgaben?

- daß mehrheitlich Frauen in den Blumenplantagen in Kolumbien, Peru, Brasilien, Kenia, Thailand, Südafrika u.a.m. arbeiten, und...

- daß sie durch die Nicht-Einhaltung bestehender Arbeitsgesetze und durch den Einsatz von teils in den Industrieländern verbotenen Pestiziden schwerst gesundheitsgefährdet sind?

- daß die Ökosysteme der betroffenen Gebiete (allesamt äußerst fruchtbar) durch Verseuchung von Boden und Grundwasser und durch das Absinken des Grundwasserspiegels bedroht sind?

Und das alles, damit die Blumenpracht dann wiederum vor allem Frauen geschenkt wird - Haus- und Ehefrauen, Müttern, Geliebten, Freundinnen, speziell zum Muttertag als einmal jährlich ausgesprochenen Dank für die sonst unbedankte, unterbewertete und mißachtete Arbeit im Haushalt für Mann und Kinder?

Die Arbeit der Frauen in der gesundheitlich und ökologisch schädlichen Blumen-Exportproduktion in Ländern der sogenannten Dritten Welt ist eine entwicklungs- politisch fragwürdige Angelegenheit - und unsere Informationskampagne soll auch eine Solidaritätsbezeugung mit den Arbeiterinnen sein. Nicht schlechtes Gewissen wollen wir erwecken und auf keinen Fall zum Boykott aufrufen - dagegen sprechen sich die betroffenen ArbeiterInnen dezidiert aus - sondern wir wollen auf ihre Lebens- und Arbeitssituation aufmerksam machen und einen Beitrag leisten zur Verbesserung derselben. Deshalb rufen wir dazu auf, in der Zeit um den Muttertag 1991, Briefe an die Botschaften der betroffenen Länder und an die Chemieunternehmen hier bei uns zu schreiben, in denen die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften gefordert wird. Briefvorlagen dazu können in unserem Büro bestellt werden

Diese Informationskampagne schließt an das Projekt für und mit Arbeiterinnen in der kolumbianischen Schnittblumenindustrie, das die FRAUENSOLIDARITÄT zwischen 1982 und 1985 betreute an. Gemeinsam mit einigen deutschen Organisationen (FIAN - Für das Menschenrecht, sich zu ernähren, deutsche Sektion, Brot für die Welt, terre des hommes, Pestizid - Aktionsnetzwerk PAN) und mit FIAN - Österreich wird die FRAUENSOLIDARITÄT

diese Kampagne in Österreich koordinieren.

So viele Frauen und Männer als möglich wollen wir erreichen, denn wir wissen, daß höfliche, aber bestimmte Forderungen aus dem (industrialisierten) Ausland die Blumenunternehmer in den Ländern der "Dritten Welt" sehr wohl dazu bewegen können, Verbesserungen vorzunehmen. Daß dadurch das zentrale Problem der Nutzung fruchtbaren Bodens für die Exportproduktion (und nicht für die Nahrungsmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung) nicht gelöst werden kann, ebenso wenig wie die Frage des Landeigentums, ist uns klar. Unsere Aufgabe sehen wir jedoch darin, den Forderungen der direkt betroffenen Frauen (und Männer) Gehör zu verschaffen.

Wir haben auch die österreichische Gewerkschaft "Land - Forst - Garten" (seit Anfang 1991 mit den Lebens- und GenußmittelarbeiterInnen zusammengeschlossen) und die GärtnerInnen und FloristInnen zur Beteiligung an der Kampagne eingeladen - über sie wollen wir rund um den Muttertag gerade jene Menschen, die Blumen einkaufen, auf die Importe aus dem Süden aufmerksam machen und sie auffordern, ebenfalls Briefe zu schreiben. Nach anfänglichen Befürchtungen, wir würden sie boykottieren wollen, haben sich auch (bis jetzt vor allem in Oberösterreich) der Verband der Erwerbsgärtner und Floristen bereit erklärt, unsere Informations- und Solidaritätskampagne zu unterstützen. Dennoch liegt uns viel daran, auch die Forderungen der österreichischen GewerkschafterInnen nach einem Mindestlohn von öS 10.000,- Brutto, nach voller Auszahlung des 13. und 14. Monatsgehalts schon im ersten Arbeitsjahr und nach Reduzierung der normalen Arbeitszeit am 24. und 31. Dezember auf 12 Uhr (bisher 14 Uhr) zu unterstützen.

Folgende Materialien können gegen Unkostenbeitrag in der FRAUENSOLIDARITÄT bestellt werden:

- Buch "Rosen, Tulpen, Nelken" Blumenproduktion in 3. Welt - Länder und bei uns (ca. 100,- öS)
- Plakate, Flugblätter und Briefvordruck
- Dia-Serie der FRAUENSOLIDARITÄT "Nelken mit dem Duft des Todes" (Verleih 70,-, Ver-

kauf 1500,- exkl. Porto)

- Aktionszeitung
- Photoausstellung ca. 5 A4 - Tafeln
- Film - Videofassung "Liebe, Frauen und Blumen" (16 mm Fassung Verleih 70,- öS exkl. Porto)

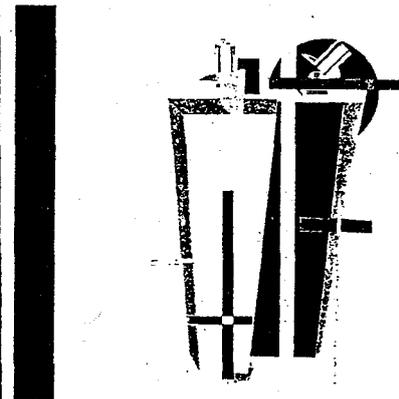
• Dossier: Sammlung verschiedener Artikel zu öS 30,-

• Weiters sollen zwei Referentinnen aus Kolumbien eingeladen werden - Termine werden im Büro der FRAUENSOLIDARITÄT von Elisabeth Wanz koordiniert: 1030 Wien, Weyrgasse 5, Tel.: 0222/713 35 94/80 (Di, Do, Fr 10.00 - 14.00).

Die FRAUENSOLIDARITÄT plant zu diesem Thema auch zahlreiche Veranstaltungen Ende April und rund um den Muttertag; nähere Infos bei der FRAUENSOLIDARITÄT oder unter "Tips & Termine" in der April- bzw. Mai - Ausgabe der AN.SCHLÄGE.

Auch diese Aktivität ist auf ihre/deine/eure Spenden angewiesen!! Ktnr: 650 150 543 bei der Zentralsparkasse, lautend auf FRAUENSOLIDARITÄT - Blumeninformations - Kampagne.☺

Literaturliste



Grundlagenliteratur zur Geschichte des Nationalismus und Faschismus; Faschismustheorien
Der deutsche Faschismus 1933-1945
Herrschaftsstrukturen · Alltag & Kultur · Krieg · Judenvernichtung
Zwangsarbeit und Konzentrationslager · Opposition & Widerstand
Faschistische Kontinuität
Rassismus & Sexismus
Neofaschismus, Rechtsextremismus, Neue Rechte
Weitergehende Diskussionen
Romane und Erzählungen zum Thema
Zeitschriften und Archive

Auf 48 Seiten 260 Bücher & Broschüren mit Kurzbeschreibungen. Ein Nachschlagewerk für die antifaschistische und antirassistische Arbeit. In Buch- und Infoläden erhältlich! Paketbestellungen von Gruppen, Läden und Initiativen: 10 Ex.=20,-OM; 25 Ex.=35,-OM; 50 Ex.=60,-OM. EinzelbestellerInnen und Institutionen: Sonderausgabe 7,-OM
Bestelladresse: Edition ID-Archiv
Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin 19

36 Tamilen von Abschiebung bedroht !

(Presseerklärung des Arbeitskreises AusländerInnen der Grünen Alternative, TATblatt-Wien)

Gegenwärtig befinden sich 36 Tamilen im Transitraum bzw. im Sondertransitraum des Flughafens Wien-Schwechat. Alle haben ein Asylansuchen an die Republik Österreich gestellt, der Flughafen-Sozialdienst ist im Besitze rechtsverbindlicher Vollmachten für alle 36 Personen, um ihre Anliegen zu vertreten. Wie Dr. Manfred Matzka im Mittagsjournal vom 5.4.91 verlautbaren ließ, ist von seiten des Innenministeriums beabsichtigt, *alle* Tamilen aus Österreich abzuschicken, obwohl ihnen in Sri Lanka nachweislich politische Repressionen bis zum Völkermord drohen. Allerdings sei während des Wochenendes keine diesbezügliche Aktion geplant.

Eine vergleichbare Aktion wurde von Dr. Matzka bereits vor Ostern gegenüber 17 Tamilen gesetzt und ist Gegenstand einer Strafanzeige.

Am Samstag den 6.4.91 bekamen alle 36 Tamilen, die sich zur Zeit im Transitraum des Flughafen Wien-Schwechat befinden, einen Bescheid, daß ihr Asylansuchen bearbeitet wird. Doch die Tamilen bekamen keine Erlaubnis Österreich zu betreten, was bedeutet, daß sie weiter im Transitraum bleiben müssen. Diese Vorgangsweise wurde zum ersten Mal gegenüber Personen, die bereits ein Asylsuchen gestellt haben, angewandt.

Wo gehobelt wird, da fallen Späne!

Bei Manfred Matzka sind es die politischen Flüchtlinge, die auf der Strecke bleiben, während er an seiner Karriere zimmert.



Herr Dr. Matzka!
Wir fordern Sie auf,
zurückzutreten!

Imp.: Internationales Solidaritätskomitee

Eines aus einer Serie von Pickern, die in letzter Zeit in Wien aufgetaucht sind und Matzka zum Rücktritt auffordern

Kurdistan Infos abseits der "großen" Politik

(Kurdistan-Rundbrief)

Internationaler Frauentag

Am 8. März demonstrierten tausende kurdische Frauen gegen die HERRschenden Mächte in der Türkei und gegen deren Repressalien.

Schon in der Nacht vom 7. auf den 8. März drangen Polizei- und Spezialteamkräfte in Nusaybin in viele Häuser ein und verhafteten sieben Frauen, deren Namen noch nicht festgestellt werden konnten. Diese Operation war ein Versuch, Aktionen zum internationalen Frauentag zu verhindern. Trotz dieser Einschüchterungsversuche demonstrierten tausende Frauen in den verschiedensten Städten für Frauenselbstbestimmung und gegen den Krieg. "Wir wollen uns vor den revolutionären Gefallen in aller Welt, vor allem in Kurdistan, mit Respekt neigen und ihre uns hinterlassene Widerstandsfahne hoch tragen."

Terror in Flüchtlingslagern

In den drei Flüchtlingslagern, Diyarbakir, Mardin und Mus (diese befinden sich in den von der Türkei besetzten Gebieten Kurdistan), HERRscht totale Ausgangssperre. Vor kurzem erhielten die dort lebenden Menschen noch "Ausgangsscheine" mit denen sie, trotz der schon seit über einem Monat verhängten Ausgangssperre, für kurze Zeiten in die Stadt gehen konnten. Im TATblatt -55 haben wir vom Terror der Militärs gegen die zur Flucht getriebenen Menschen berichtet. Ob und wie weit der Nahrungsfluß weiter blockiert und gehindert wurde, ist leider überhaupt nicht bekannt. Anscheinend bekamen die Menschen, nach mehreren Tagen ohne Nahrung wieder etwas zu Essen, ansonsten wären aller Wahrscheinlichkeit nach schon Informationen weiter gegeben worden.

Dr. Ismail Besikci erneut inhaftiert!

Der türkische Soziologe und Verfasser mehrerer wissenschaftlicher Bücher über die KurdInnen in der Türkei wurde gestern erneut festgenommen. Ismail Besikci, der als einziger türkischer Wissenschaftler den Mut aufgebracht hat, über die KurdInnenproblematik zu forschen, ist für diese Tätigkeiten in den letzten 23 Jahren immer wieder inhaftiert worden und saß schon über zehn Jahre im Gefängnis. Dieses Mal wird ihm vorgeworfen, in einer Grußbotschaft für eine Veranstaltung in der BRD "separatistische Propaganda zur Schwächung der nationalen Gefühle betrieben zu haben".

Neue Informationen zu NEWROS

Am 21.3. feierten die KurdInnen Neujahr bzw. siehe letzte TATblattnummer. Zu Massendemonstrationen, sowie zu Massenfesten auf der Straße und auch leider zu Massenverhaftungen kam es zu NEWROS. Schon Tage vorher fanden Demos und Rolladenschließungen in verschiedensten Städten statt, welche Reaktionen auf Repression und Aktionen des Militärs waren. Auch zu NEWROS. Bei den Demonstrationen kam es in den verschiedenen Städten zu Ausschreitungen auf Seiten der Militärs, die in die demonstrierenden Mengen schossen. Verletzte SchülerInnen im Alter von 13 - 15 Jahren sowie mehrere verhaftete Kinder waren das Produkt brutaler Einsätze der Militärs auf einer SchülerInnen demo, die sich als Protest gegen ihre prügeln und unterdrückenden Lehrer entwickelten.

Türkische Armee greift Dörfer in denen KurdInnen leben auf irakischem Staatsgebiet an

Die Meldungen über einen Angriff der türkischen Armee auf Stützpunkte der

Volksbefreiungsarmee Kurdistan (ARGK), dem bewaffneten Arm der von der PKK geführten Nationalen Befreiungsfront Kurdistan, in Südkurdistan, auf irakischem Staatsgebiet, wurden bestätigt. Wie die Europavertretung der PKK auf einer Pressekonferenz vom 29.03.1991 in Brüssel schon gemeldet hatte, haben Einheiten der türkischen Armee mit Hilfe von sog. "Dorfwächtern" die türkisch-irakische Grenze in der Region Uludere in der Provinz Hakkari überschritten, um Stützpunkte der PKK in diesem Gebiet anzugreifen. Acht Dörfer wurden überfallen. Guerillaeinheiten, die die Operation in Erfahrung brachten starteten daraufhin eine Gegenaktion auf eine Militärstation der türkischen Armee.

Qilabin

Die türkische Armee zwang am 18.3. alle BewohnerInnen einschließlich der Kinder des Dorfes Tasdelen, sich auf dem Dorfplatz zu versammeln und erklärte ihnen, daß sie entweder "Dorfschützer" werden oder aus der Gegend verschwinden müßten. Die DorfbewohnerInnen weigerten sich jedoch standhaft, woraufhin die Armee das Feuer auf die ZivilistInnen eröffnete. Die Menschen flüchteten in die Berge. Am nächsten Tag brachen 1000 Bauern und Bäuerinnen dieses und der umliegenden Dörfer zu einer Demonstration Richtung Qilaban auf, wo sie wegen dieses Vorfalles das Präfektenamt aufsuchen wollten. Das Militär versperrte ihnen aber den Weg. Sie kehrten wieder in die Berge zurück und eine Gruppe von Bauern gingen am darauffolgenden Tag zum Präfekten, der jedoch das gleiche wiederholte wie zuvor schon die Soldaten. Die Bauern und Bäuerinnen wandten sich auch an den IDH (Menschenrechtsorganisation), sie zu unterstützen.

USA: Die Erben des "Wilden Westen"?

(Gesellschaft für bedrohte Völker; überarbeitet)

Im US-Bundesstaat Wisconsin formieren sich derzeit mächtige Gruppen gegen die Chippewa¹ (Anishinabe) IndianerInnen. Anlaß ist der Beginn der Fischereisaison: die Chippewa betreiben im April und Mai die traditionelle Form des "Speerfischens" auf Seen, die außerhalb der Reservate liegen. Das Recht zu fischen ist ihnen nicht nur im vorigen Jahrhundert vertraglich garantiert worden, sondern auch durch ein Urteil des US-Bundesgerichts aus dem Jahre 1983: dieses Urteil bestätigte die Vertragsrechte der Chippewa, nach denen die Chippewa Jagd-, Fischerei- und Holzrechte auf jenen Gebieten besitzen, die sie im vorigen Jahrhundert an die USA abgetreten haben.

Die Rechte der Chippewa werden von einem Teil der weißen Bevölkerung so interpretiert, als hätten die Chippewa "spezielle" Rechte und würden die natürlichen Ressourcen gefährden. Die Situation in Wisconsin ist Ausgangspunkt für massive Versuche anti-indianischer Kreise, die Vertragsrechte der UreinwohnerInnen in den USA generell einzuschränken oder ganz abzuschaffen. Im US-Kongreß wurde vor kurzem ein derartiger Gesetzesentwurf eingebracht². Auch die IndianerInnen formieren sich, um gemeinsam gegen diese neue Bedrohung aufzutreten.

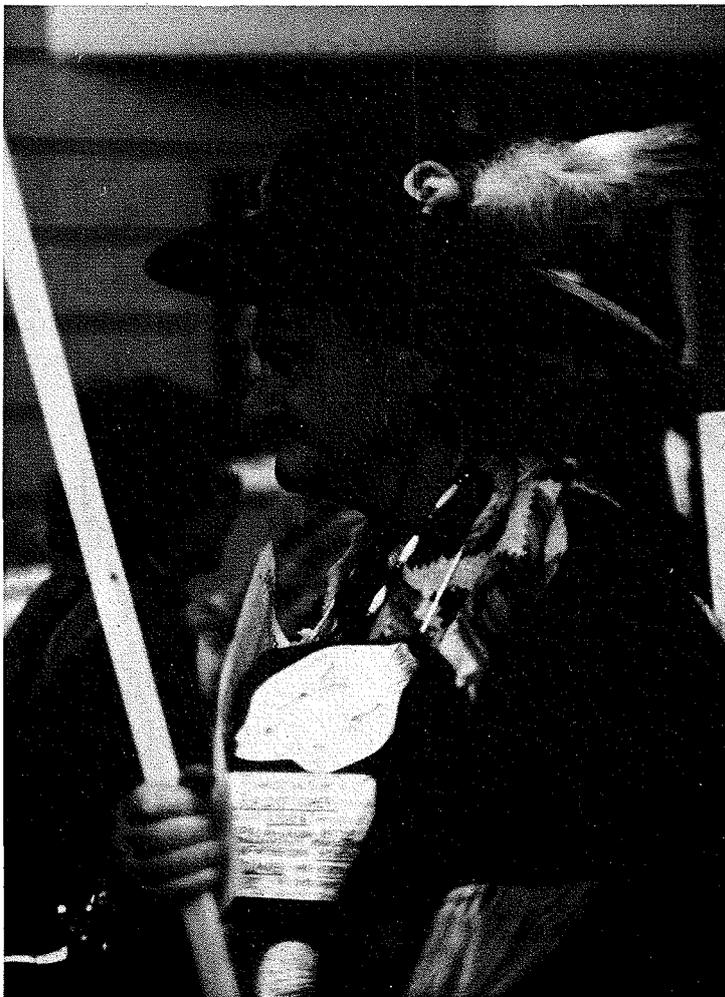
Angesichts der Tatsache, daß die von den Chippewa gefangenen Fische nur etwa drei Prozent des jährlichen Fischfangs in Wisconsin ausmachen, kann keine Rede davon sein, daß die Chippewa den Fischbestand der Region gefährden würden. Fische sind also kaum die Wurzel des Problems. Für die IndianerInnen bedeutet der Fischfang eine Bereicherung ihrer Nahrung, aber auch eine wesentliche Grundlage ihrer Kultur.

Bei der Abtretung riesiger Gebiete haben sich die Chippewa die Fischerei- und Jagdrechte auch außerhalb der Reservationen vertraglich vorbehalten. Für anti-indianische Gruppen sind diese Vertragsrechte ein Dorn im Auge, nicht zuletzt, weil damit die — ökologisch unvertretbare — wirtschaftliche Ausbeutung noch intakter Gebiete bislang unterbunden oder eingeschränkt wird.

Viele ziemlich bis deutlich rechtsgerichtete Vereinigungen, wie PARR ("Protect American's Rights and Resources"³) oder die militantere STA ("Stop Treaty Abuse"⁴) haben, haben ihr Hauptquartier im ländlichen Wisconsin. Dieser Staat ist bereits seit längerem ein Zentrum für rechte — wie die "John Birch Society" — und paramilitärische Gruppen, wie "Posse Comitatus", die die Überlegenheit der weißen Rasse propagieren.

Skinheads der "White Patriots League"⁵

traten bei anti-indianischen Kundgebungen auf. Die "Aryan Nations"⁶ forderten dazu auf, das Feuer auf indianische Boote, Konvois und Autos auf dem Weg zu den Seen zu eröffnen. Die nationale "Populist Party" stellt zumindest Mitglieder der PARR als Kandidaten für die Wahlen im Bundesstaat auf. Der Präsidentschaftskandidat der "Populist Party" für die Wahlen 1988, David Duke, spielte früher eine führende Rolle im Ku-Klux-Klan. Und STA vermarktet ein



Bier mit der Bezeichnung "Treaty Beer" als Werbegag zur Unterstützung anti-indianischer Aktivitäten.

Im April und Mai 1989 galt an den ruhigen Seen im nördlichen Wisconsin Kriegrecht. Draußen am Wasser wurden die indianischen Boote von Motorbooten aus angegriffen und manchmal versenkt. Vom Ufer aus wurde mit Gewehren auf die Spe-

erfischer geschossen. Ein Kleinbus, in dem sich Chippewa befanden, wurde von einer Meute Autos in den Graben gedrängt. Die Polizei stellte häufig die IndianerInnen, ihre Familien und UnterstützerInnen auf die selbe Seite des Sicherheitszaunes, wie deren Gegner. Während manche Anishinabe die Gegenwart von Polizei und Truppen(!) als "neutrales Element" begrüßen, sind andere aufgrund von Erfahrungen der letzten Jahre der Meinung, daß die Truppen rasch zu

Beschützern von GegnerInnen würden. Ein Anishinabe drückte es so aus: "Angeblich sind wir die Militanten, aber wir wissen, wer wirklich die Steine wirft".

Die Tageszeitung Milwaukee Sentinel enthüllte 1989 die Formierung einer Todeschwadron, die 30.000 US-\$ Kopfgeld auf zwei Führungspersonlichkeiten einer IndianerInnenreservation ausgesetzt hat und zB. Handgranaten zu ihrer Verfügung hatte. In der darauffolgenden Woche wurden zwei Personen, die mit Handgranaten bewaffnet waren, verhaftet.

Die Wirtschaft im Hintergrund

Das landwirtschaftlich arme Wisconsin hängt von Bergbau, Holznutzung und Fremdenverkehr ab. Alle drei Bereiche erlitten in den letzten Jahren Rückgänge. Die Wirtschaft versucht daher immer mehr, auch die Lebensbereiche der IndianerInnen auszubeuten. Ein Vertreter der Red Cliff Reservation, Walt Bresette, meinte dazu: "Früher oder später werden die Menschen im nördlichen Wisconsin erkennen müssen, daß die ökologische Bedrohung ihren Lebensstil weit mehr gefährdet als die Indianer, die hinausgehen und Fische speeren..."

Wisconsin ist für eine Reihe von multinationalen Konzernen von großem Interesse. Exxon versucht seit Jahren, eine Zink-Kupfer-Mine zu errichten, die direkt an die Mole Lake Reservation anschließt. Kennecott versuchte ähnliches mit einer Kupfer-

mine und andere Konzerne, wie Union Carbide, haben auf und außerhalb von Reservationen nach Uran gesucht. Durch die gemeinsame Opposition von IndianerInnen und ÖkologInnen wurden diese Bergbauprojekte zunächst zurückgestellt.

Bei wirtschaftlichen Projekten außerhalb der Reservationen, die die vertraglich zugesicherten natürlichen Ressourcen gefährden würden, kommt den Anishinabe Parteistellung zu. James Klauser, Staats-Verwaltungssekretär und früherer(?) Lobbyist von Exxon und Union Carbide, leitete die Bestrebungen des Bundesstaats, die Vertragsrechte der Anishinabe finanzielle abzulösen. Obwohl sie zwei der ärmsten Gebiete in Wisconsin stellen, lehnten die Reservationen von Mole Lake und Lac du Flambeau Angebote von 10 bzw. 35 Mio US-Dollar ab, für die sie im Gegenzug für zehn Jahre auf die Ausübung ihrer Vertragsrechte außerhalb der Reservationen verzichten müßten. Keine "weiße" Gemeinde, so meinten indianische VertreterInnen, würde gefragt werden, ob sie ihre Rechte auf eine neue Schule oder den Bau eines Krankenhauses aufgeben würde.

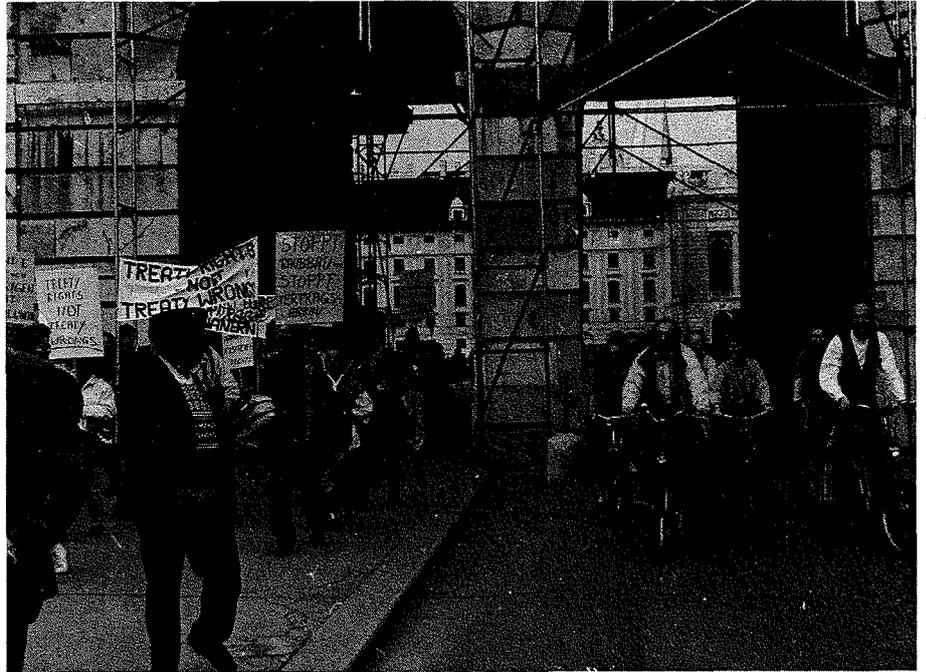
Es geht um (noch) mehr

Klauser und der republikanische Gouverneur, Tommy Thompson, unterstützen nun Bestrebungen im US-Kongreß, indianische Vertragsrechte generell einzuschränken oder aufzuheben. Erst vor kurzem wurde von fünf ParlamentarierInnen ein derartiger Gesetzesentwurf² im Repräsentantenhaus eingebracht.

Verträge mit indianischen Nationen sind im wesentlichen für den speziellen politisch-rechtlichen Status indianischer Stämme als quasi-souveräne Nationen verantwortlich. Bis heute sind die Verträge und die damit verbundenen Rechte vom US-Kongreß und durch Gerichtsentscheide kontinuierlich eingeschränkt worden. Obwohl Vertragsänderungen im allgemeinen nur von beiden VertragspartnerInnen beschlossen werden können, hatten die US-IndianerInnen auf die Untergrabung ihrer Rechte keinen Einfluß. vom 22. bis 24. Feber 1990 kamen auf Initiative zweier Stämme (Ute, Oglala Sioux) in Rapid City in South Dakota mehrere hundert VertreterInnen von IndianerInnen in den USA zusammen, um eine gemeinsame Strategie gegen die weitere Einschränkung und Abschaffung der Verträge zu entwerfen.

7. April: Internationaler Tag der Indianer Wisconsins

Das "Midwest Treaty Network" (MTN), eine Menschenrechtsvereinigung in Wisconsin, hat den 7. April zum Internationalen Tag der IndianerInnen Wisconsins erklärt. Gruppen, die sich für die Unterstützung von UreinwohnerInnen, für die Einhaltung von Menschenrechten oder zum Schutz der Umwelt einsetzen, werden aufgerufen, vor Botschaften und Konsulaten der USA friedlich zu demonstrieren, Mahnwachen aufzustellen und um effektiven Schutz an den Seen Wisconsins, die Aufrechterhal-



tung der Vertragsrechte der Anishinabe und den Schutz der Ressourcen im nördlichen Wisconsin zu bitten. Das MTN und die Anishinabe erwarten sich von weltweiter Aufmerksamkeit am 7. April effektiveren Polizeischutz, aber auch, daß MitläuferInnen der anti-indianischen Bewegung abgehalten werden, an den potentiell gewalttätigen Demonstrationen der nächsten Wochen teilzunehmen. Darüberhinaus können Aktivitäten in Europa dazu führen, daß sich US-ParlamentarierInnen die Abschaffung oder Beschränkung indianischer Vertragsrechte genauer überlegen, als würde die Diskussion darüber auf die USA beschränkt bleiben.

Die breitere Aufmerksamkeit voriges Jahr — in Wien nahmen rund 100 Menschen an einer Solidaritätsdemo teil — führte nach Auskunft der Anishinabe zu einem spürbar vorsichtigeren Verhalten der Polizei. In Wien nahmen dieses Jahr etwa 40 Personen an einer Demo am Freitag (5. April) teil. Als Ziel wurde die US-Botschaft, als Ausgangspunkt die Hofburg gewählt; die Hofburg deswegen, weil hier 1969 die UN-Konvention über Verträge verabschiedet wurde. Vor der Demonstration wurde dem US-Botschafter eine Petition mit etwa 700 Unterschriften übergeben. Ein Stück weit — ein paar hundert Meter am Ring — wurde die Demo von der freitäglichen Fahrraddemo begleitet. Die AktivistInnen beider Demos hatten sich aber sonderbarerweise nicht allzuviel zu sagen, sondern trotteten bzw. rollten auf verschiedenen Geh- bzw. Fahrspuren schweigsam nebeneinander her. ●

- 1 spricht: Tschipjua
- 2 Nr. HR 4033
- 3 "Schützt die Rechte und Ressourcen der Amerikaner"
- 4 "Stoppt den Vertragsmißbrauch"
- 5 "Legion der weißen Patrioten"
- 6 "Arische Nationen"

Wir verkaufen laufend aus unserer Sammlung Bücher, die ihr sonst kaum bekommt — zu Preisen, die ihr euch leisten könnt!

ANTIQUARISCHE BÜCHER

Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und des Sozialismus, international und Österreich - Ökonomie - Politik - Philosophie - Kunst - Belletristik - Klassiker der Weltliteratur - proletarische Romane Kinderbücher - Reiseliteratur - Schach - Plakate - und vieles mehr

Tausende Bücher 20,- !

W.Simon
Iheringgasse 13, 1150 Wien
Tel: 855 84 32
Donnerstag 15 - 20 Uhr,
Freitag 15 - 18 Uhr
Samstag 15 - 18 Uhr

Wir sind leicht erreichbar:

▷ 2 Minuten von der U 4, Station Schönbrunn,

▷ 5 Minuten von der Straßenbahn 52/58, Station Winkelmannstr..

Unverkäufliche Raritäten können auf Wunsch kopiert werden!

TATblatt erhältlich!

Gorbatschow verkauft sich an weitere faschistische Massenmörder.

Zuerst das Deutsche Reich, dann der Iran, jetzt kommt die Türkei. Am 11. März 1990 kam Özal als offizieller Gast Gorbatschows in die Sowjetunion. Zu Beginn der Verhandlungen stellte Özal das Projekt einer Schwarzmeerwirtschaftszone vor, der alle Anrainerstaaten angehören sollten. Diesem Projekt wurde während dieser ersten Gespräche "viel Aufmerksamkeit" gewidmet, wie die Agentur berichtet.

Am selben Tag fand ein etwa dreistündiges Gespräch zwischen Gorbatschow und Özal statt. Themen: die Nachkriegssituation im Mittleren Osten, wobei sowohl die "Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen" (Sperrung von der Red.), als auch "die sogenannten neuen Kriterien der internationalen Politik, deren allgemeiner Wert bereits bekannt" sei, hervorgehoben wurden.

Am 12.3., nach Abschluß der Gespräche, wurde ein Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet. Zusätzliche Übereinkommen gab es hinblicklich Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wissenschaft, Technik, Handel und Wirtschaft.

In der abschließenden Verhandlungsrunde tauschten die zwei Präsidenten "Meinungen und Anschauungen zu Prozessen der inneren Entwicklung der UdSSR und

der Türkei" aus. Während des umfassenden Gesprächs gelangten sie zum Schluß, daß "die tiefgreifenden Veränderungen, die derzeit in der Sowjetunion vorkommen, vieles mit jenen Wandlungen gemeinsam haben, die sich in den letzten Jahren in der türkischen Republik vollzogen. ..."

Gorbatschow schließlich schwafelte von "Deideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen", und wie auch die "neue Atmosphäre bei Kontakten zwischen verschiedenen Konfessionen der Welt" einen "äußerst fruchtbaren Boden für das Zusammenwirken der Kulturen" schaffen. Dann wurde konkret: man betonte die Notwendigkeit, auf dem Gebiet der Telekommunikation zusammenzuarbeiten (damit das faschistische Staatsfernsehen der TR auch in die SU kommt? Red.), die Entwicklung des Satelliten- und Kabelfernsehens miteingeschlossen.

Michael Majorow, der Kommentator von Radio Frieden und Fortschritt in Moskau meinte hierzu: "Moskau und Ankara haben es verstanden, wie unlogisch es ist, wenn beide Schwarzmeerländer keine wirtschaftlichen Beziehungen zueinander haben." Und schlußendlich hob er hervor: "Moskau begrüßt die Position der Türkei, die sich der unmittelbaren Teilnahme am

Krieg enthielt."

(Nowosti/APN; Radio Frieden und Fortschritt)

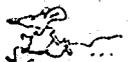
Wie Radio Moskau International in der letzten Woche in seiner spanischsprachigen Sendung *Enfoque Latinoamericano* ("Brennpunkt Lateinamerika") in der letzten Woche berichtete, will die Sowjetunion nicht nur den wütenden Mörderstaat *El Salvador* anerkennen, sondern es werden auch die Beziehungen zu *Panama* intensiviert. Die "Sowjets" beschlossen, daß in Panama ein Generalkonsulat eröffnet wird. Und zwar, so der Wortlaut der Sendung, im Sinne der gegenseitigen Achtung der *Souveränität und Unabhängigkeit* (!). Der Tass-Korrespondent in Panama äußerte sich in dieser Sendung, im Anschluß an eine Kritik an Noriega und seiner ehemaligen Regierung, folgendermaßen: "Jetzt, wo in Panama eine Koalition besteht, die auf demokratischen Prinzipien (Anm.: 5000 Tote!) beruht, bestehen keine wesentlichen Hindernisse mehr für die Aufnahme und den Ausbau der diplomatischen Beziehungen."

(Radio M. I./E. Latinoamericano; A.)

Postadresse: EUSKADI INFORMATION, Postfach 7323, CH-8023 Zürich



Gratis: Eine rote Ratte!



- ★ EUSKADI INFORMATION benötigt dringend 200 Neuabos, um sich mittelfristig auf solide finanzielle Füße zu stellen.
- ★ Wer jetzt die EUSKADI INFORMATION abonniert, oder wer uns ein neues Abo wirbt, dem/der schenken wir den 60-Seiten-Comicsband 'Die Abenteuer des Red Rat im Baskenland'.

Ich bin solidarisch und/oder käuflich:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:



Ich abonniere die EUSKADI INFORMATION ab Nr., zahle 30, 50 oder 100 DM/SFR auf eines eurer Konten (siehe Impressum) ein und bekomme dafür einen 'Red Rat' geschenkt.

(Dieses Angebot gilt nur für Neuabonnenten, nur mit diesem Talon, und ist befristet bis zum 31. Mai 1991. AbowerberInnen notieren ihre Adresse auf der Talonrückseite.)

Der Ökokrimi

(Ronald Schuecker)

Umweltgutachter haben Saison. Sie kennen die Wünsche der Industrie: die Be"gut"achtung, also das für gut Erachten der von der Industrie durchgeführten Umweltschäden. Industrie und Politik sehen sich einer immer stärkeren Protestbewegung mündiger BürgerInnen gegenüber und die muß beschwichtigt werden. Am besten durch die Wissenschaft deren Allmacht und Seriosität ja kaum ein normaler Mensch bestreitet. Damit wurde endlich eine Marktlücke für die schon lange geforderte Umweltwissenschaft frei. Die Umweltwissenschaft soll ein Instrument zur Lenkung und Zerstörung von BürgerInneninitiativen werden die sich um die Umwelt sorgen. Der folgende Fall ist nur ein Beispiel für die Etablierung einer Mafia, die aus der Not der BürgerInnen und der Borniertheit von Industrie und Politik Kapital schlägt, indem sie sich auf die Seite der Industrie und im vorliegenden Fall gegen die BürgerInneninitiative in Lambach stellt, die sich schon seit Jahren gegen eine Stauhaltung an der Traun wehrt.

1. Die Vorgeschichte

Die Lenzing und Steyrmühl AG sind die Hauptverschmutzer der Traun und der in sie einmündenden Ager. Da die OKA (Oberösterreichische Kraftwerke AG) bei Lambach an der Traun die Errichtung zweier Staustufen plant, wurden die Lenzing und Steyrmühl AG von der Wasserrechtsbehörde angewiesen ihre Abwässer zu klären. Die Zellulose- und Viskoseabwässer würden nämlich im Stauraum Fäulnisprozesse in Gang setzen, die die Entstehung von übelriechendem Methangas bewirken.

Sowohl die Lenzing, als auch die Steyrmühl AG erhöhten nach der Projektierung der Kläranlage und der wasserrechtlichen Verhandlung die Produktion. Die nun anfallende Abwassermenge konnte auch von der neu konzipierten Kläranlage nicht zur Gänze aufgenommen werden. Bei der neuerlichen wasserrechtlichen Verhandlung wurde der Kompromiß ausgehandelt, daß auf eine kostspielige Neuprojektierung verzichtet wird und ein Teil der Abwässer nach wie vor ungeklärt in die Ager und Traun eingeleitet werden kann. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die Lenzing und Steyrmühl AG durch ein Gutachten nachweisen können, daß durch das weitere Einleiten ungeklärter Abwässer die Güteklasse II nicht merklich überschritten und eine Stauhaltung trotzdem ermöglicht wird. Hierauf beauftragten die Steyrmühl und Lenzing AG den Saprobiologen Dr. Moog von der Universität für Bodenkultur zur Erstellung der geforderten Gutachten. Moog simulierte vor Ort den Zustand der

Ager und Traun: Er ließ die durch die Rinnen fließenden ungeklärten Abwässer in jenem Verhältnis mit dem Flußwasser mischen, wie es nach der Fertigstellung der Kläranlagen in der Ager und Traun erwartet wurde. Über die Bioindikatoren in den Fließrinnen sollte die Gewässergüte in der Ager und Traun nach der Inbetriebnahme der Kläranlagen prognostiziert werden.

2. Die Gutachten

Die Fließrinnen, die die Verhältnisse im Fluß simulieren sollen, können dies gar nicht, da sie wie Moog selber in dem Gutachten zugibt, sich so stark von einem natürlichen Gewässer unterscheiden, daß sie sogar andere Zeigerorganismen und somit andere ökologische Rahmenbedingungen aufweisen. Tatsächlich erfolgt der Abbau

der Zellstoff- und Viskoseabwässer in den Fließrinnen schneller als in einem natürlichen Gewässer: In den wie Tropfkörper einer Kläranlage funktionierenden Fließrinnen wird ein hauchdünner Wasserfilm über eine raue Oberfläche, hier Sand aus dem Flußbett, geleitet. Es erfolgt eine optimale Filtration durch den Aufwuchs von Bakterien und Wimpertierchen, sowie eine völlige Durchmischung mit Luftsauerstoff durch die Bildung von Wasserwirbeln. Beides wäre im Fluß auf Grund der größeren Wassertiefe nicht möglich. Kein Wunder, da die Gütebefunde aus den Rinnen erstaunlich gut ausfielen: Unabhängig von der verwendeten Bewertungsmethode, bzw. Indikatorgruppe liegen die Werte aller Versuchsstrecken (damit sind die Rinnen gemeint) innerhalb der Güteklasse I-II, bzw. II-III", schreibt Moog auf Seite 54 des vorhin er-

Alle reden vom Wetter.



Wir nicht.

der funke Sozialrevolutionäre Zeitschrift.

Herausgegeben vom Libertären Plenum Linz. Tel.: Montags, 19.00 - 22.00 Uhr: (0732) 27 96 60. Erscheint sechs bis acht mal im Jahr. Einzelpreis: 15,- 6S. Abonnementgebühren: 65,- 6S für fünf Nummern, 120,- 6S für zehn. Probeexemplarbestellungen: Innerhalb Österreichs: 1,- (einen) 6S auf folgendes Konto überweisen: Allgem. Sparkasse Linz, BLZ.: 20320, KTO. NR.: 0900-004178, Empfänger: Red. der funke. Probeex. ins Ausland: Einfach mit Postkarte bestellen: Red. der funke, Postfach 469, A-4021 Linz.

währten Gutachtens.

Da die Klärwirkung der Fließbrinnen benutzt ausgenutzt wurde, die Gütewerte hinaufzusetzen, beweist die Tatsache, da die Fließbrinnen mit 60m extrem lang gewählt und "nur das untere Rinnendrittel während der Untersuchungsperiode besammelt wurde."

Obwohl Moog auf Seite 46 des Gutachtens den Unterschied der Fließbrinnen zu einem natürlichen Gewässer herausstreicht, setzt er auf Seite 54 des Gutachtens voraus, daß eben dieser Unterschied nicht besteht. Indem er die künstlich beschleunigten mikrobiellen Abbauprozesse in den Fließbrinnen, die den hohen Kläreffekt ausmachen, mit den langsamer fließenden in natürlichen Gewässern gleichsetzt, disqualifiziert er sich selbst: "Setzt man die Ergebnisse der Rinnenversuche in eine Güteprognose um, ergibt sich folgende Gewässergüte der Traun nach konsensmäßiger Einleitung der STAG (Steyrermlh AG) Abwässer: - Fließstrecke (ab 20 cm/s Fließgeschwindigkeit): zumeist Beibehaltung von Gewässergüteklasse II. - Ruhigwasserbereiche (5-10 cm/s Strömungsgeschwindigkeit): zeitweises Absinken der Gewässergüte auf Güteklasse II-III - Die Errichtung einer Stauhaltung ist unter diesen Verhältnissen zu vertreten." (Seite 54 des Gutachtens)

Die einzig haltbare Aussage zur Gewässergüte findet sich ebenfalls auf Seite 54 des Gutachtens: "Die schlechteste Güteentwicklung wird bis auf wenige Ausnahmen in der langsam fließenden Rinne beobachtet." Da eine verminderte Fließgeschwindigkeit - egal ob in einer Rinne oder einem Stauraum - die Gewässergüte beeinträchtigt dürfte aber der Wasserrechtsbehörde hinlänglich bekannt sein. Sonst wäre es ja schließlich nicht zur Auftragsvergabe dieses Gutachtens gekommen.

3. Schwermetalle

Der weitere Einlauf ungeklärter Abwässer läßt auch das Schwermetallproblem

akut bleiben. Allein durch die Viskoseabwässer der Lenzing AG gelangen zur Zeit täglich 2500 kg Zink in die Ager und dann in die Traun. Obwohl Moog diese Problematik bekannt ist, hat er für den von der Lenzing AG in Auftrag gegebenen Gewässergütebefund keinen Schwermetallnachweis durchgeführt, sondern lediglich Vergleichsuntersuchungen aus dem Ausland herangezogen. Es ist anzunehmen, daß die "Vergleichsdaten" auf ebenso manipulative Weise auf die Verhältnisse der Ager umgelegt wurden, wie die Ergebnisse der Fließbrinnen. Um Gewißheit darüber zu erhalten, ist eine Offenlegung dieses von der Lenzing AG unter Verschluss gehaltenen Gutachtens unbedingt notwendig.

4. Resümee

Die Fließbrinnen waren das Modell eines überdimensionalen Tropfkörpers von einer Kläranlage und nicht der Ager bzw. Traun wie von den Auftraggebern verlangt. So wurde eine Selbstreinigungskraft vorgeuscht, die Gewässer vom Typ eines Tieflandflusses, wie Ager und Traun, niemals erbringen können. Durch diese Vorgangsweise wurde der weitere ungeklärte Einlauf schwermetallhaltiger Abwässer in die Ager ermöglicht und eine kostenaufwendige aber notwendige Neuprojektierung einer Kläranlage, die auch diese ungeklärten Restwässer aufnehmen könnte, verhindert. Moog hat die Untersuchungen so angelegt, daß eine geringere Kläranlage als nötig UND eine Stauhaltung empfohlen werden konnte.

Die Errichtung der Stauhaltung bei Lambach würde als auf Grund der zu geringen Kapazitäten der Kläranlagen zu einem ähnlichen Desaster führen, wie in Marchtrenk, wo Sauerstoff in den Stauraum gepumpt werden muß um die Fäulnisprozesse und die Methangasbildung zu stoppen.

Autonomes Stadtfernsehen/Stadtradio präsentiert

Bauanleitung für PiratInnen- sender!!!

Die Bauanleitung beschreibt zwei verschiedene Sendertypen:

* A-180, Frequenzbereich ca. 165-229 MHz (zum Überlagern von FS1)

* A-100, Frequenzbereich ca. 80-110 MHz (zum Überlagern der allseits beliebten Hörfunkprogramme)

Diese Sender erreichen eine Leistung von ca. 70 Watt womit mensch einen starken offiziellen Sender (z.B. 100 KW-Leistung) in einem Radius von ein paar hundert Metern überlagert.

Auf einer eigenen Frequenz ist es kein Problem, in einer Großstadt überall gehört zu werden.

All jene, die sich für diese Bauanleitung interessieren, können sie jetzt über das TATblatt beziehen.

Einfach ein doppeltes Kuvert an das TATblatt senden:

Äußerer Umschlag:

TATblatt

Gumpendorferstr. 157/11

1060 Wien

Innerer Umschlag:

Autonomes Stadtfernsehen/Stadtradio

In diesem inneren Kuvert sollte sich dann eure Adresse und mindestens 170 Schilling befinden.

Innerhalb kürzester Zeit bekommt ihr die umfangreiche Dokumentation zugesandt.

Also: Bestellung nur gegen Vorkassa!!!

Jetzt geht's erst richtig los mit Frequenzbesetzen in Österreich und hoffentlich machen viele mit.



Betrifft:

Patriarchatsdiskussion, TATblatt Nr. -52

Verhaltensgestört — Verhaltensnormal?

Falsch, falsch, falsch! Rollenverhalten ist nicht gleich Opferrolle. Eine Feministin möchte eine Feministin sein und ein Luxusweibchen ein Luxusweibchen. Exakt. Und die Vorteile (ein wenig) stärker, freier, selbstständiger zu sein, haben sich schon bei fast allen Frauen herumgesprochen. Zur Demontierung von Männermacht fehlen uns sicher nicht die Diskussionen mit Männern, aber vorallem die sichtbaren Zeichen von weiblicher Präsenz. Z.B. weibliche Endungen — auch wenn die männlichen danebenstehen, und Frauendemos — auch wenn Männer mitgehen.

Patriarchatsdiskussion

P.S. Frauenräume bleiben Frauenräume: nur für Frauen.

Maria

Zzzack! Bumm!!

Wie im letzten TATblatt kurz angesprochen, hat es uns in Form einer Klage (und in weiterer Folge eines Urteils) erwischt. Diesmal war es der nicht unbekannte Ahriman-Verlag (nicht zuletzt durch die Herausgabe der "Satanischen Verse" von Salman Rushdie bekannt geworden), der uns wegen "Unlauteren Wettbewerbs" verklagte.

Da ein von uns kontaktierter Rechtsanwalt die Chancen den Prozeß gegen den Ahriman-Verlag zu gewinnen gering bis nicht vorhanden einschätzte, entschieden wir uns die Einspruchsfristen verstreichen zu lassen, und uns damit ein Versäumnisurteil einzuhandeln (die finanziell billigste "Lösung").

Und so geschah es jetzt auch. Es flatterte uns das Versäumnisurteil ins Haus, daß uns nun vor das Problem stellt, die Verfahrenskosten von ÖS 26.104,- auf-

zutreiben.

Der Stein des Anstoßes (roll, roll) um uns zu klagen, war ein von uns im TATblatt -58 veröffentlichter LeserInnenbrief. In diesem offenen Brief wurde geschrieben, daß mensch linke Buchläden auffordern solle, Bücher des Ahriman-Verlags aus ihrem Laden zu entfernen und daß es legitim ist, Buchläden zu beklaugen, die Ahriman-Verlag Bücher verkaufen.

Der Ahriman-Verlag formulierte in seiner Klage gegenüber uns dann, daß dadurch, daß konkret eine Zeitschrift aus dem Ahriman-Verlag (namens "System ubw") im Konkurrenzverhältnis zum TATblatt stehe, ein Wettbewerbsverhältnis gegeben sei.

Und jetzt kommen wir zum Kern der Sache (aha!!). Durch den Abdruck des LeserInnenbriefs (wobei der Ahriman-Verlag das TATblatt als den

Verfasser ansieht) sei nun der Tatbestand des Unlauteren Wettbewerbs erfüllt.

Und der Ahriman-Verlag teilt uns auch noch mit, warum er so besorgt sei:

"Wie ernsthaft die Besorgnisse der Buchhändler sind — und auch die unseren — ergibt sich daraus, daß offensichtlich der Sympathisantenkreis und die Leserschaft der beklagten Partei mit der schon seit Jahren bekannten Schläger- und Demoszene in Verbindung steht, die den Opernball zum Anlaß einer Schlägerei nehmen und den Aufenthalt in Opernnahe zum nicht ungefährlichen Abenteuer machen."

So, das wären einmal die Hintergründe warum wir in akuter Geldnot stecken. Jetzt der Spendenaufruf an Euch:

Helft uns die ÖS 26.104,- aufzutreiben, mittels Spenden auf unser (schon bekanntes) Konto: P.S.K. 7547.212●

Was fehlt?

Das fe lt:

- noch 28.300 Schilling zur Abdeckung unserer Prozeßkosten von wegen INL & Ahriman (insgesamt).

- Artikel über Änderung des Zivildienstgesetzes ist wegen "Blödheit des Tipplers" (eigenes Zitat) aus dem Computer rausgeflogen.

- ein Artikel über die Kollaboration der türkischen "Sozialistischen Partei"

(SP) mit der türkischen Regierung. Ein Capo der SP, Dogu Perinçek, trat letzte woche bei zwei Veranstaltungen in Wien auf. 150 bis 200 Menschen, die versuchten, an einer Veranstaltung teilzunehmen, das Verhalten der SP aufzudecken bzw. in Frage zu stellen, wurden von rund 200 Polizisten verprügelt. Wir werden den Artikel dazu im nächsten Tb nachholen. ●

Betrifft: TATblatt

Auch diese Nummer also dünner als sonst. Es gibt da irgendwo unter unseren Vosätzen und Vostellungen auch noch die Regel, daß wir eine inhaltlich gute Zeitung produzieren wollen und nicht Seiten füllen, koste es was es wolle. Also sitz ich jetzt da und such' krampfhaft, ja verzweifelt nach Worten, um den letzten noch verbleibenen Platz in dieser Zeitung aufzufüllen. (Macht sich ja auch schlecht, so ein leerer Fleck, ein Loch sozusagen in der Zeitung, nicht?) Ist



aber ehrlich das letzte Mal, daß wir Kontinuität mit Konsistenz verwecheln, das nächste Mal machen wir's bestimmt anders.

Es ist ja aber auch nicht so, daß wir uns das TATblattemachen so vorstellen, daß wir jede Nummer Artikelchen für Artikelchen und Bildchen für Bildchen zusammentragen, so wie es den Grundsätzen sogenannter journalistischer Arbeit entspricht. Wir stellen uns das Tb nämlich als Sprachrohr, Spiegel und Kundmach-Blatt einer Szene, einer Bewegung, ganz einfach jener, welche In-



teresse an einer politischen Weiterentwicklung haben. Das heißt aber nicht nur, sich das Endprodukt Zeitung zum Frühstückskaffee oder sonstwie reinzuziehen. Das heißt auch Eingreifen ins Geschehen. Mitmachen, Mitgestalten. (Siehe auch Rückseite.)

Widerstand und Selbstorganisation heißt Initiative. Also laßt hören von Euch, Leute!

Liebe&Kraft

welche vom Tb-Kollektiv, die gerade in die mißliche Lage gekommen sind, unter Zeitdruck noch schnell ein Editorial zusammenbasteln zu müssen. Also doch nicht alles so einfach mit dem Mitgestalten. (Wir suchen auch noch viele EditorialschreiberInnen!)●

Termine

Linz

KAPU

19.04.20h: DOUBLE STANDARDS (reggae, reggae,...)

26.04.20h: ASSASIN OF GOD (usa)

außerdem:

jeden 1. So im Monat: FRAUEN-frühstück

jeden Di.19.30: INFOLADEN-Plenum

jeden Mi.19.30: KAPU-Palaver

jeden Do.: Musik-Videos

KAPURADIOSHOW

Der Gesetzgeber will ab 1992 die Privatisierung des Radios durchsetzen. Leider soll dieses Recht nur finanzkräftigen Medienkonzernen vorbehalten sein. Daß dies nichts mit Demokratisierung des Medienwesens zu tun hat, liegt auf der Hand. Um diesen Gesetzesentwurf doch noch in rechte Bahnen zu lenken, arbeiten österreichweit verschiedenste Gruppen an Konzepten für "freie Sender". So zum Beispiel der *Boiler* in Wien oder die *Kupf*

in OÖ, die vor kurzen einen Antrag zur "Errichtung und Betreibung einer Privatfernmeldeanlage" bei der Post stellte. Der Beitrag der KAPU ist für's erste die Radioshow, mit der die KAPU-Leute zeigen wollen, wie leicht Radioprogramm zu gestalten ist. Die KAPU-Radioshow erscheint in Zusammenarbeit mit KanalRadioDirekt, dem Programm aus dem Schwertberger Josephstal. Erhältlich zum Preis von 40 Öschis in der KAPU oder im KANAL.

KANALRADIO DIRECT

SCHWERTBERG

KANAL Joseftal 21

Fr.12.04.: Film "Der Pornojäger"

Fr.19.04.: Disco NO MADIS

Sa.20.04.: KOCH & ZUTATEN, ATTWENGER

WELS

ALTER SCHLACHTHOF, Dragonerstr.22

Mi.10.04.: HTL-BIGBAND

Sa.13.04.: JOSEPH BOWIES "DEFUNKT"

Sa.20.04.: REGGAE: DOUBLE STANDARD

GRAZ

VERHANDLUNG

Fr. 12.4.: im besetzten Haus um 9.00h

WIEN

FLEX 12, Arndtstr.51

Sa.13.04.: MOTUS (yugo.)

Fr.19.04.: DJ ALFI

Sa.20.04.: SANOV (tschech.)

Do.25.04.: ASSASINS OF GOD

außerdem:

Boiler Live Pool

Mi.10.04.: DIE GOASS

Mi.17.04.: GET LOST

Mi.24.04.: THE PERFECT CRIME

Start: 21h

jeden So: INFOCAFE & VIDEO

EKH 10, Wielandg.2-4

Di.23.04.19h: VOLXVERZÄHLUNGSTreffen

- wichtig für alle Leute die noch nicht wissen wie sie die Volkszählung boykottieren bzw. sabotieren können!!!

- wichtig für alle Leute die von anderen Ländern nach Österreich gewechselt haben, nicht um zu erfahren wie sie am besten boykottieren, sondern wie sie sich am besten schützen bzw. verhindern können, daß sie (noch) mehr Schwierigkeiten durch die blöde Volkszählung erleiden müssen!!! WEITERSAGEN* weitersagen*

Fr. 26.04.20h: TANZVERANSTALTUNG für TOTALVERWEIGERUNG
Di.30.04.20h: SOLIDARITÄTSKONZERT FÜR GEORG W.

Prozeßkosten; Georg wurde als Teilnehmer der Demonstration gegen den Opernball 1990 zu 10 Monaten Haft verurteilt. Fix sind bisher die Extended Versions

außerdem:

jeden Mo.u.Do.ab 19h: VOLXKÜCHE

Mo. bis Fr. 12-18h: Frühstücksbuffet-"Ohne Mampf kein Kampf"

Di. 18-24h: Beisl

AMERLINGHAUS 7, Stiftg.8

Mi.17.04.19.30: NICARAGUA- ein Jahr nach den Wahlen

"Manche Revolutionäre verlieren Wahlen - andere die Geduld"

Ein Bericht über eine Nicaraguareise im Februar 91, mit Lichtbilder und Diskussion.

KONGRESSHAUS 5, Margaretengürtel 138

Sa.20.04.16h: Solidaritätsfest für DEMOKRAT (linke türkische Zeitschrift)

kurdische Tanzgruppe

kurdische u. türkische Lieder

auch für Speis&Trank ist gesorgt

GRUWI 9, Wasagasse 12

jeden Freitag Treffen der Gruppe Obdachs

ALTE SCHMIEDE 1, Schönlaterng.9

Di.09.04.14h: Kindertheater - Stiefkind der Medien?!

VHS Urania 1, Uraniastr.1

Di.16.04.19h: Volkszählung 91 - angewandte Demokratie?

Ablauf der Vz, Erläuterung des Vz-Gesetzes und der auszufüllenden Erhebung, Vz im internationalen Vergleich.

HAUS DER BEGEGNUNG FAVORITEN 10, Olof Palme Hof, Ada Christengasse 2

Fr.19.04.18-21h: EIERLEGENDES WOLLMILCHSCHWEIN - wer will mich?

Gentechnologie vor unserer Haustüre

Die Gentechnologie hat bereits in unseren Alltag Einzug gehalten! Wieder einmal sind Frauen besonders betroffen: in Medizin, "Lebens"mittelindustrie, Fortpflanzung und Arbeitswelt. Welche Sicherheitsrisiken bringt die neue Technologie mit sich?

Wie werden sich die Landwirtschaft, die Pflanzen- und Tierzucht und die daraus gewonnenen Produkte verändern?

Welche Konsequenzen werden Humangenetik und neue Fortpflanzungstechnologien insbeson-

dere für Frauen haben?

ReferentInnen:

Susanne Frommwald (Studentin der Molekulargenetik, Gen-ethisches Netzwerk)

Dr.Ingrid Galhaup (Biochemikerin)

Harald Wosihnoj (Wissenschaftsjournalist, Gen-ethisches Netzwerk)

HOSI-Zentrum 2, Novarag.40

Do.11.04.19.30: Jugendgruppe "Ce Fliwatüüüüü"

Fr.12.04.21h: Frauentanzabend

Di.16.04.20h: Donner Wetter Blitz! Gruppodynamischer Abend mit Markus

Mi.17.04.20h: Lesbengruppe Lila Collage: "Single Lesben: i steh'in da Köt'n und woat auf..?"

Do.18.04.20h: Jugendgruppe Aids - eine Einführung

Fr.19.04.21h: Frauentanzabend

Di.23.04.20h: Spielabend

Do.25.04.20h: Jugendgruppe, Gespräch mit HIV-Positiven

VHS Favoriten 10, Arthaberplatz 18

Mo.15.04.: "Das Leben umarmen" Sigrun Berger (Frauensolidarität)

Soziale u. Menschenrechtsarbeit der kolumbianischen Frauenorganisation OFF

Do.18.04.: "Datenschutz in Österreich", H. Zenger (Arbeitsgemeinschaft des Datenschutzes)

Mo.22.04.: "Frauen in Nicaragua", Elisabeth Wanz (Frauensolidarität)

Mi.18-20h, 6 Abende ab 3.April

Nationen und Nationalismus im neuen Europa Beendet das Zusammenwachsen Europas die

Gegensätze zwischen den Nationen oder schafft es neue? Wie steht es mit den Nationalismen der

Völker: trifft die Unterscheidung zwischen verabscheuungswürdigen Nationalismen in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien usw. einerseits und lobenswerter Vaterlandsliebe in den "zivilisierten Demokratien" andererseits zu?

KKK 4, Ecke Gußhausstr/Panigl.

Sa.13.04.19h SOLI-FEST FÜR GEORG W.

(siehe auch unter EKH) mit

Dobratsch Absturz Partie (Kärnten)

Müllli-Tant' (Meidling, Floridsdorf, Stadlau/München/Gerolding)

WUK

Sa.13.4.: Fest der wienerInnen alternativ Schulen - großer Saal

PROZESSE am

Mo.15.04. um 10 Uhr 30 gegen Mike

Mike soll bei einer Protestaktion gegen den Polizeitüberfall auf Ägidi/Spalo 1988 einen Polizisten verletzt und Widerstand gegen den Staatsterror geleistet haben

Di.16.04. um 10 Uhr 15 gegen Georg W.

(Berufungsverhandlung; siehe unter EKH) Justizpalast; Museumsstr.12; 1010, nächst

U2-Station Lerchenfelderstraße

2.Stock, Saal G wie Georg

DEMO

diese Woche(8.-14.) findet irgendwann, irgendwo in Wien eine KurdInnen demo statt!! erkundigt euch bei 'PAF' in der

Schottengasse 3A/1/59 Tel: 0222/53 59 109

MAHNWACHE

jeden Mo. ab jetzt! findet von 16.30-18.30 am Stock im Eisenplatz eine Mahnwache für die KurdInnen statt!!!!

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

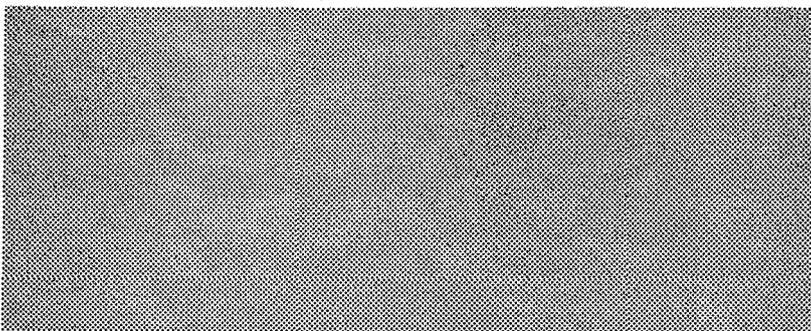
TATblatt-Linz: Treffen: NEU: jeden Dienstag(!) um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpfeiler unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

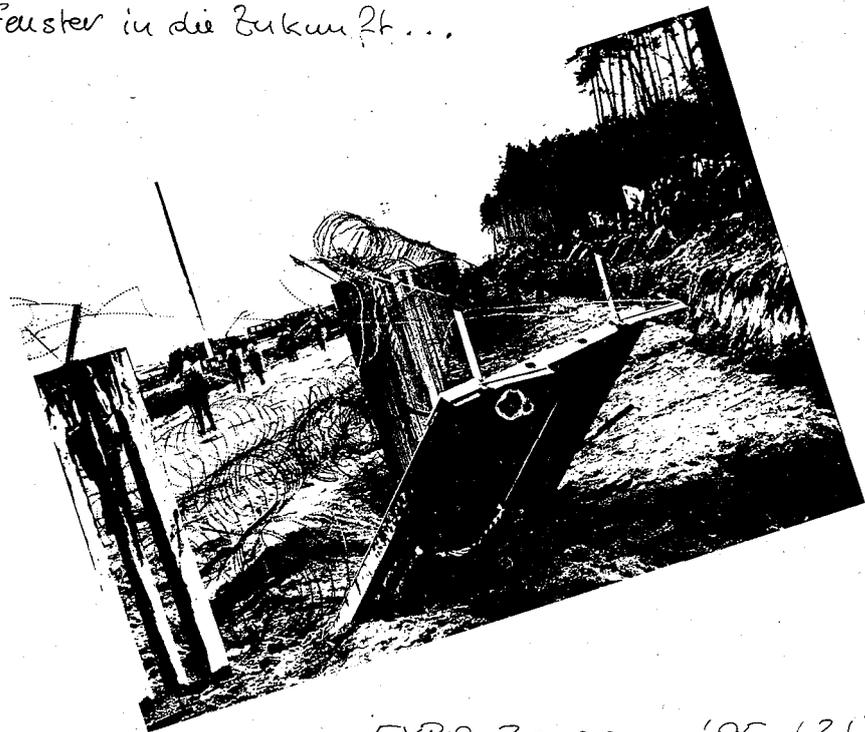
Telefon: (0222) 57 49 543 **Konto:** P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche bezeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.

Feuster in die Zukunft...



...EXPO-Bauzau '95 (!?)

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** * unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Sim 1 (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl C: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand März 1991